

1918–2018

100 Jahre

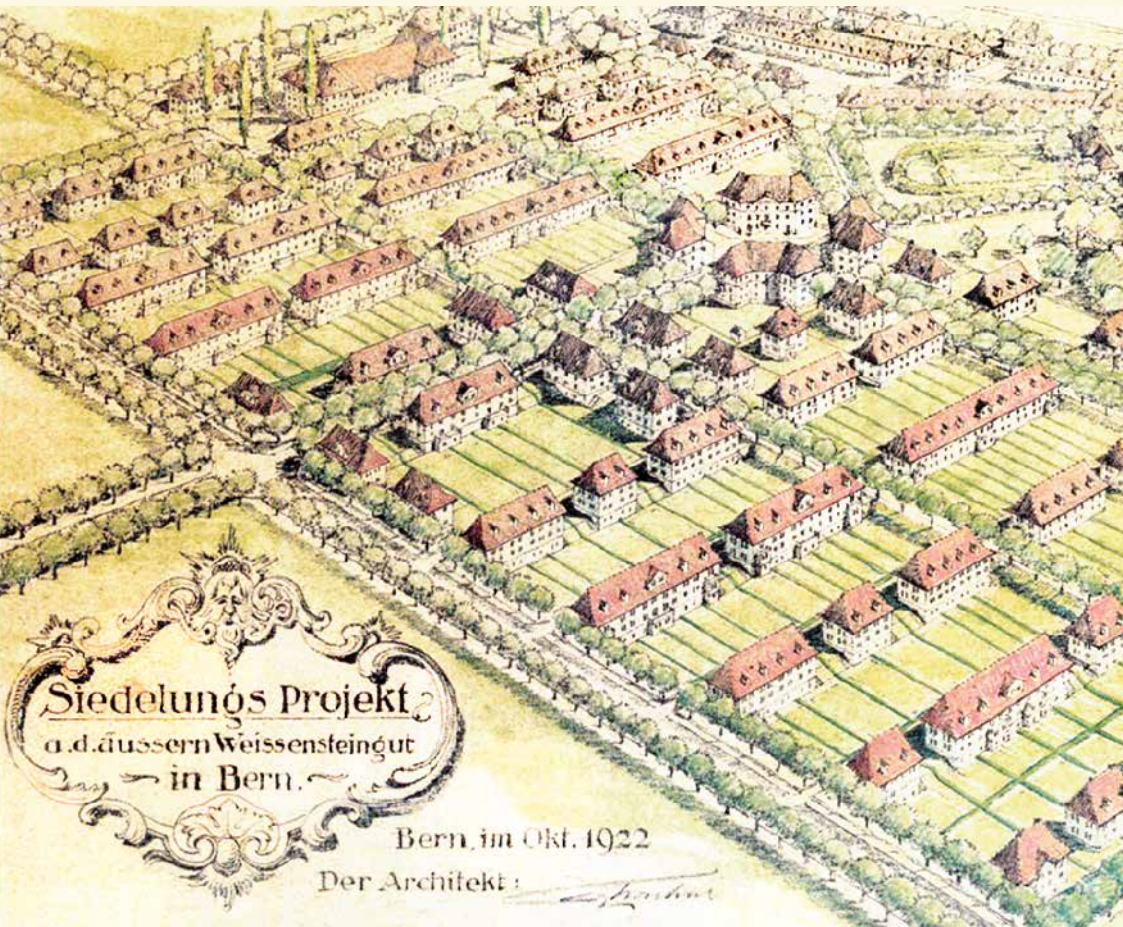
MV

Mieterinnen- und Mieterverband
Regionalgruppe Bern und Umgebung

Festschrift

100-Jahr-Jubiläum Mieterinnen- und Mieterverband Bern

«Hier kann nur noch ein Zusammen-
schluss der Mieter helfen»



Siedlungsprojekt
a.d. äusseren Weissensteingut
in Bern.

Bern, im Okt. 1922

Der Architekt:

Handwritten signature

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Wohnsituation in der Stadt Bern um die Jahrhundertwende	4
1899: erster Zusammenschluss als Mieter-Ring-Bern bzw. Mieterverein	6
1900: erste städtische Wohninitiative wird lanciert: «Spitalacker-Initiative»	7
Kommunale Wohnungspolitik in der Stadt Bern	14
1918: «Mieterschutzverband der Stadt Bern und Umgebung» gegründet	17
Der Verband entwickelt sich	21
Über uns: der Mieterinnen- und Mieterverband in Kürze	27
Anhang	28
Bibliographie	32



Mieterinnen- und Mieterverband
Regionalgruppe Bern und Umgebung
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Impressum:

Herausgeberin: Mieterinnen- und
Mieterverband Regionalgruppe Bern und
Umgebung, Bern
Redaktion: Natalie Imboden
Mitarbeit: Simone Widmer
Korrektorat: Käthi von Wartburg
Layout: Christof Berger
Druck: Druckerei Hofer, Bümpliz
Auflage: 250 Stück



Natalie Imboden, Präsidentin
Mieterinnen- und Mieterverband
Bern und Umgebung

Der heutige Mieterinnen- und Mieterverband Stadt Bern und Umgebung wurde zweimal gegründet. Erstmals im Jahr 1899 als «Mieterverein». Trotz diverser Verbandsaktivitäten war dem Verein keine Kontinuität vergönnt. So fand am 13. Oktober 1918 die zweite und definitive Gründung als «Mieterschutzverband der Stadt Bern und Umgebung» statt.

Steigende Mieten, Wohnungsnot, schlechte Wohnverhältnisse und die besondere Situation als junge Bundeshauptstadt prägten die Wohnsituation in der Stadt Bern um die Jahrhundertwende. Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt wurden bereits 1896 in einer umfangreichen «Wohnungsenquête» dokumentiert.

Daher ist die Gründung des Mietervereins 1899 nur die logische Folge. Die formulierten Vereinsziele ähneln den heutigen in grossen Teilen. Einerseits wurden die Mitglieder mit juristischem Rat und einer Wohnungsvermittlung unterstützt, andererseits sollten die Bedingungen für Mieterinnen und Mieter mittels politischer Tätigkeit verbessert werden, indem günstige Wohnungen und bessere Gesetze gefordert wurden. Thema waren aber auch «kinderfeindliche» Vermieter oder die Forderung nach der «Verbesserung der Verkehrsmittel». Bereits 1900 lancierte der Mieterverein eine städtische Wohninitiative mit der Forderung, dass in einem Stadterschliessungsquartier (Spitalacker/Breitenrain) die Stadt Bern selber überbauen und dort «Wohnungen

zu mässigen Preisen» erstellen solle. Die Volksabstimmung ging verloren.

Die definitive Gründung im Oktober 1918 fand in einer Zeit statt, die von der schlechten Versorgungslage im 1. Weltkrieg, verschiedenen Kundgebungen gegen die Teuerung, einer eingebrochenen Bauindustrie, grosser Wohnungsnot und drohender Obdachlosigkeit geprägt war. Nur wenige Wochen nach der Gründung beendete am 9. November 1918 der Waffenstillstand den 1. Weltkrieg und kurz darauf fand der landesweite Generalstreik statt.

Die Vereinsgründung hatte zum Ziel, Mitglieder gegen «ungerechtfertigte Kündigungen und Mietzinserhöhungen zu schützen». Mit dem Zusammenschluss sollten die Interessen der Mieterinnen und Mieter gegenüber den Vermietern und der Politik wirksam vertreten werden, was in der Folge immer wieder gelang. Sicher haben für den Zusammenschluss auch die Erfahrungen anderer Städte wie Zürich und Basel gewirkt, wo seit 1891 Mietervereine aktiv waren. Ebenso gab es einen Austausch im Rahmen gesamtschweizerischer Zusammenkünfte, insbesondere des sich am 31. Januar 1915 in der Stadt Biel definitiv gegründeten Schweizer Mieterinnen- und Mieterverbandes.

Trotz allem Wandel sowohl sozial, politisch, wirtschaftlich und auch beim Wohnungsbau sind viele Themen in den letzten Jahrzehnten sehr ähnlich geblieben. Nämlich die Unterstützung der Mitglieder in mietrecht-

lichen Fragen und das Engagement für genügend und bezahlbaren Wohnraum. Oder wie es die Grundsatzerklärung zum 75. Jubiläum im Titel treffend formulierte: «Wohnraum erhalten und mehren – Rechte der Mietenden wahren». Thema war 1993 auch die Stadtentwicklungspolitik mit dem Motto: «Wir kämpfen um jeden Quadratmeter Wohnraum!». In Zeiten von Verdrängung einkommensschwächerer Mieterinnen und Mieter, Gentrifizierung und Verlust an Wohnraum für die Bevölkerung wegen Buchungsplattformen ist dies aktueller denn je!

Die vorliegende Broschüre über die Anfänge der Mieterinnen- und Mieterbewegung kann keinen wissenschaftlichen Anspruch erheben. So ist die Verbandsgeschichte lückenhaft und anhand der vorhandenen Quellen ab Mitte der 60er Jahre noch aufzuarbeiten. Auch über die Situation in den Nachbargemeinden ist wenig dokumentiert, auch wenn beide Vereinsgründungen explizit auch die Umgebungsgemeinden von Bern umfassten. Ebenso ist keine klare Trennung zwischen dem Mieterinnen- und Mieterverband Bern und Umgebung und der 2001 gegründeten Kantonalsektion des MV Bern möglich. Auch die kantonale Mietergeschichte unter Berücksichtigung von Biel oder Burgdorf ist noch zu schreiben.

Nach der Gründung der Kantonalsektion des MV Kanton Bern per 1. Januar 2001 setzte die Regionalgruppe Bern und Umgebung ihre politische Tätigkeit fort. Als Regionalgruppe Bern und Umgebung setzt sich der

Vorstand mit Überzeugung für die Anliegen der Mieterinnen und Mieter ein. Dies im Sinne der Grundsatzerklärung vom Juni 1993: «Als aktiver Wohnungsmarkt-Beobachter und politischer Interessenvertreter in der Region will sich der MVB bei den Behörden für die Interessen seiner Mitglieder einsetzen.» Dies in der Tradition der Geschichte – mit Blick auf die Zukunft und konkret aufgrund aktueller Herausforderungen für die Mieterinnen und Mieter.

An dieser Stelle sei den Vorstandsmitgliedern der Regionalgruppe*, allen Mitgliedern sowohl den aktiven wie auch denen aus der Vergangenheit herzlich für ihr Engagement für die Interessen der Mieterinnen und Mieter gedankt.

Ein spezieller Dank geht an alle, die zur Entstehung und Erarbeitung dieser Broschüre beigetragen haben, u. a. Sabina Meier, Esther Neuhaus, Rolf Zimmermann, Stadtarchiv Bern, Simone Widmer, Rudolf Strahm, Richard Püntener, Margrith Beyeler, Emil Erne und der Vorstand MV Regionalgruppe Bern und Umgebung.

Für den Vorstand der MV-Regionalgruppe Mieterinnen- und Mieterverband Bern und Umgebung
Natalie Imboden, Präsidentin

* Vorstandsmitglieder (2018): Christof Berger, Rithy Cheng, Lukas Gutzwiler, Natalie Imboden, Carole Klopstein, Marieke Kruit, Sabina Meier, Jürg Moser, Lena Sorg, Christian Roth, Regula Tschanz.

Wohnsituation in der Stadt Bern um die Jahrhundertwende

Starkes wirtschaftliches Wachstum im Bereich des Bau- und Metallgewerbes und im Dienstleistungssektor führte nach der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem Bevölkerungswachstum in der Stadt Bern.¹ Auch der Entscheid zur Bundeshauptstadt und der Anschluss an das nationale Eisenbahnnetz trugen nach 1860 zu einem beträchtlichen Stadtwachstum bei. Die Stadt Bern wurde zu einem attraktiven Wohn- und Arbeitsplatz. 1910 lebten dreimal so viele Menschen in Bern wie noch 1850. Zwischen 1890 und 1900 betrug die Zuwachsrate über 100%. Im Westen der Stadt, in der Lorraine und im westlichen Breitenrain entstanden neue Aussenquartiere, meist mehrstöckige Miethäuser. Daneben entstanden auch Villenviertel, so im Kirchenfeld. Die Begüterten zogen aus der Innenstadt fort.²

Die Stadtberner Bevölkerung, wie auch in anderen Grosstädten, begann sich bald mit einer zunehmenden Verknappung des Wohnraumes und steigenden Mietpreisen auseinanderzusetzen. Infolge der schlechten Wohnverhältnisse war die Sterblichkeit stark angestiegen – vor allem in der unteren Altstadt und im Lorrainequartier, den klassischen Arbeiterquartieren. Wohnungen von schlechter Qualität waren oft überbelegt, da die Mieter und Mieterinnen häufig familienfremde Untermieter aufnehmen mussten, um die Miete bezahlen zu können. Daher waren viele Unterschichtwohnungen überfüllt. Ein Zimmer wurde durchschnittlich von zwei Personen bewohnt. Auch waren um die Jahrhundertwende die Mietpreise kleinerer

Wohnungen relativ höher als diejenigen in grösseren, weniger eng bewohnten Wohnungen. Auch galt: Je schlechter die Stellung des Vermieters oder des Mieters bzw. der Mieterin, desto höher fielen die Mieten aus. Das führte dazu, dass die untere Schicht der Mieter für den qualitativ minderwertigsten Wohnraum die höchsten Mieten bezahlte. Diese Ausgangslage bewegte die Gemeinde Bern dazu, im Wyler und in Ausserholligen gemeinnützige Wohnbausiedlungen zu errichten. Auf dem Wylerfeld entstanden zwischen 1889 und 1890 100 Sozialwohnungen. Damit war Bern die erste Stadt, die ein solches Sozialprojekt realisierte. Der kommunale Wohnungsbau machte jedoch, wie in der ganzen Schweiz, nur einen sehr geringen Teil am Gesamtvolumen des Wohnungsbaus aus.³ Weitere Anstrengungen wurden in der Länggasse durch eine private Aktiengesellschaft unternommen – es entstand das Hallerhaus zur Unterbringung von Personen, die von öffentlicher Unterstützung abhängig waren.⁴

Um eine Übersicht über die Berner Wohnverhältnisse zu erhalten, wurde 1896 nach dem Vorbild anderer Städte eine Wohnungs-enquête durchgeführt. In den zuständigen Räten wurde die Untersuchung allerdings immer wieder verschoben. Erst als die «öffentliche Meinung immer energischer die Vornahme der Untersuchung forderte und unter andern 22 Gassenleiste und Vereine eine Petition an den Stadtrat richteten, worin die Vornahme einer Wohnungsuntersuchung verlangt wurde, konnte die Erledi-

gung der Angelegenheit von neuem an die Hand genommen werden».⁵ Autor war der in der Materie erfahrene Statistiker Carl Landolt.⁶ Ab 1888 beschäftigte sich Carl Landolt als Mitarbeiter an der Basler Wohnungs-enquête. 1892–94 war er Mitarbeiter des Eidg. Statistischen Amtes und des Eidg. Betreibungs- und Konkursamts, 1894–95 Gehilfe des statistischen Amtes der Stadt Zürich, 1895–1900 Statistiker der Stadt Bern. Er war auch Bearbeiter der Wohnungs-enquêtes der Städte Bern (1899), Winterthur (1901), St. Gallen (1901) und Zürich (1902–06) und war 1901–02 Sekretär des Zürcher Mietervereins. Die Ziele der Wohnungs-enquête waren die Revision der die Wohnungsverhältnisse betreffenden Polizeiverordnungen, die Vorbereitungen zu einem Wohnungsgesetz und Fingerzeige für die zukünftige Bautätigkeit. Die Untersuchung und Auswertung nahm einige Zeit in Anspruch, das 700-seitige Dokument mit den Ergebnissen wurde schlussendlich 1899 veröffentlicht.⁷

Mietpreise Zürich – Basel – Bern (Vierzimmer-Wohnung, Jahresmiete)

	1913	1920	1924	Diff. %
Bern	1055 Fr.	1528 Fr.	1956 Fr.	+ 85%
Basel	890 Fr.	1292 Fr.	1504 Fr.	+ 69%
Zürich	1104 Fr.	1480 Fr.	1680 Fr.	+ 52%

Carl Wirth; Mieterschutz, in: Rote Revue 4, 1924-1925, S. 176-186.

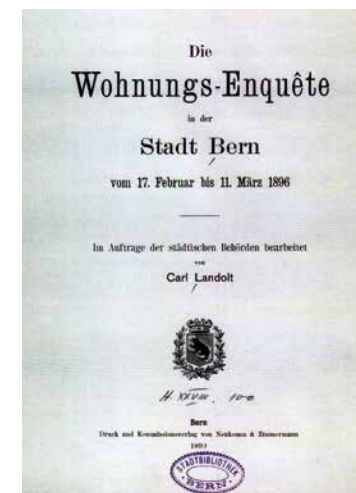


Abb. 1: Wohnungs-Enquête Stadt Bern 1886, veröffentlicht 1899.

Die Resultate der Wohnungs-enquête zeigten, dass die Lage bedenklich war. Nebst baulichen Mängeln – so gab es unter den ca. 10'000 untersuchten Wohnungen in der Stadt Bern fast 4500 Wohnungen ganz

ohne Wasseranschluss und fast 7500 ohne Ventilation, Beleuchtung und Wasserspülung – stellte man auch die hohe Dichte der Bevölkerung fest. Auch die Wohnpreise waren mit durchschnittlich 172 Fr. für ein Zimmer viel höher als in anderen Städten, wo durchschnittliche Zimmerpreise zwischen 121 Fr. in Winterthur und 160 Fr. in Zürich lagen. Auch im Vergleich mit dem Ausland waren die Berner Zimmerpreise unverhältnismässig hoch. So bezahlte man in Hannover lediglich 124 Fr. für ein Zimmer.⁸

Um das Publikum der Berner Tagwacht zu orientieren, wurde am 22. Februar die Diskussion des Stadtrates zur Wohnungs-enquête vom Dezember 1898 veröffentlicht. Aus dem Protokoll dieser Stadtratssitzung: Dr. Brüstlein (SP): «Die Gemeinde Bern hat ein Interesse an derselben [Wohnungs-enquête], weil deren Ergebnisse auf ihre ganze Baupolitik von Einfluss sein werden. Die Gemeinde ist bekanntlich Eigentümerin von umfangreichem Bauterrain auf dem Spitalacker, und die Meinungen gehen darüber auseinander, was man damit anfangen solle. Ich glaube, die Wohnungs-enquête könnte uns in dieser Beziehung gewisse Fingerzeige geben.»⁹

1899: erster Zusammenschluss als Mieter-Ring-Bern bzw. Mieterverein

Aufgrund der herrschenden Wohnungsnot und der daraus resultierenden schwierigen Lage der MieterInnen schloss sich unter dem Namen Mieter-Ring Bern Anfang des Jahres 1899 eine «Anzahl Bürger verschiedenen Standes» zusammen. Als Vorbild diente ihnen der «Verein der Mieter» in Zürich. Die Gründung des Mieter-Ringes wurde im Stadtanzeiger ausgeschrieben. Das hatte Erfolg und kurze Zeit später hatte der Verein bereits 100 Mitglieder. Als Ziel hatte sich der Mieter-Ring gesetzt, die Interessen der Mieter Berns, namentlich diejenigen ihrer Mitglieder, zu wahren und zu fördern. Dieses Ziel sollte durch folgende Massnahmen erreicht werden:

1. Erstellung, Ankauf und Pachtung von Wohnhäusern mit billigen Wohnungen und Vermietung derselben;
2. Betrieb eines Bureaus für Vermietung von Wohnungen und Geschäftslokalen;
3. durch Anlegung einer Kontrolle über ungesunde, schlecht ventilierte und schlecht unterhaltene Mietobjekte und sonstige unhaltbare Missstände, ferner über rücksichtslose, kinderfeindliche und [unleserlich] Vermieter, Hausverwalter und Mitbewohner;
4. durch Besprechung aller auf das Wohnungswesen bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Polizeivorschriften, Stellung bezüglicher Anträge an Behörden und Wahrung der Interessen der Mieter bei Wahlen;
5. durch geeignete literarische Unternehmungen, Reformen im Inseratenwesen und dergl.;

6. durch unentgeltlichen, rechtlichen Rat an die Vereinsmitglieder in Mietsangelegenheiten und Besorgung schriftlicher Eingaben an Behörden [...] gegen billige Entschädigung;
7. durch Anstrengung von Verbesserungen der Verkehrsmittel;
8. durch Vermittlung von Preisermässigungen auf verschiedenen Lebensbedürfnissen usw.¹⁰

Der Name Mieter-Ring verliert sich und es wird seither vom «Mieterverein» gesprochen. Dem Mieterverein durften laut Statuten nur Mieter angehören, welche ihren Verpflichtungen nachkamen, sprich welche ihre Mieten rechtzeitig zahlten. Damit wurde den Vermietern, welche die Wohnungsvermittlung des Mietervereins in Anspruch nahmen, eine gewisse Garantie geboten.¹¹

Am 29. Mai 1899 findet die Generalversammlung des Mietervereins Bern im Café Merz statt. Thema ist ein Referat zur Wohnungsnot. In der Diskussion sind die misslichen Wohnbedingungen im Mattequartier Thema. Es werden auch «Normal-Mietverträge» gefordert, «in welchen auch die Rechte des Mieters gewahrt würden». ¹² Der Vorstand des seit Frühling dieses Jahres bestehenden Mietervereins richtet an die Vereinsmitglieder ein «Zirkular» und berichtet im November über die Tätigkeit seit der letzten Generalversammlung. Es wird informiert, dass der Vorstand an den Gemeinderat der Stadt Bern gelangt ist. Eine Anfrage «welche Massnahmen für die

Abb. 2 (unten): Aufruf zur Unterschriftensammlung 1900, Intelligenzblatt 8. Mai 1900.

1900: erste städtische Wohninitiative wird lanciert: «Spitalacker-Initiative»

Die Initiative

Es herrschte also in Bern konstant eine Wohnungsnot. An der ersten Generalversammlung des neugegründeten Mietervereins am 29. Mai 1899 waren u. a. die Resultate der durchgeführten Wohnungsnot ein Thema. Herr Büttel, Beamter der Jura-Simplon-Bahn, beantragte, dass der Vorstand des Mietervereins Schritte ergreifen solle, «damit die Gemeinde Wohnungen auf dem ihr gehörigen Terrain erstelle». ¹⁴ Ausserdem forderte er «die Ausstellung von Normal-Mietverträgen, in welchen auch die Rechte des Mieters gewahrt würden. Der Vorstand erklärte sich bereit, für die Verwirklichung dieser Anträge nach Kräften zu arbeiten.» ¹⁵ Auf dieser Grundlage wurde die Wohninitiative, auch Spitalacker-Initiative, im Mai 1900 gestartet und kam am 16. Dezember desselben Jahres zur Abstimmung. Der Initiativtext lautete:

«Wollt ihr, dass die Einwohnergemeinde Bern das ihr auf dem Spitalackerplateau gehörende Land selbst mit soliden Wohnhäusern überbaue und dabei besonders auf die Einrichtung von zwei- und dreizimmerigen Wohnungen zu mässigen Preisen Bedacht nehme? Ja oder Nein?» ¹⁶

Am 5. Mai 1900 erscheint im Anzeiger für die Stadt Bern ein ganzseitiger Aufruf, der sich an die «Hausfrauen», «Wohnungsmieter» und «Mitbürger» richtet und Bezug auf die schlechte Wohnqualität und die «ausserordentlich ungünstigen Wohnverhältnisse» nimmt, wie sie in der Wohnungsnot ein Thema gemacht wurden.

Lösung der Wohnungsfrage in Bern er (der Gemeinderat) zu ergreifen und wie er insbesondere das Gemeindeland auf dem Spitalackerfeld hierzu heranzuziehen gedenke», habe dieser im entgegenkommenden Sinne dahin beantwortet, «dass von ihm alles Notwendige getan werde, um diese Frage nach allen Richtungen hin behandeln zu können.» Der Mieterverein wird die Angelegenheit im Auge behalten, um namentlich dem Mangel an billigen kleinen und mittleren Wohnungen abzuwehren. Die statutarisch vorgesehene Wohnungsvermittlung wird eingeführt und dem «Bureau Brüstlein und Z'graggen» übertragen. Es wird auch ein Mietvertrag ausgearbeitet, welcher Vereinsmitgliedern gratis zur Verfügung steht. Für Nichtmitglieder kostet er 5 Rappen pro Stück. ¹³

Bermischtes.

Wohnungsmieter
unterschreibt die
Spitalacker-Initiativbogen
des
Mietervereins Bern
(siehe „Anzeiger“ vom 5. Mai).

Depots: Gruner, Uhrmacher, Neuengasse 43; Vogelfang, Coiffeur, Bahnhofhalle; Schmid, Coiffeur, Gerechtigkeitsgasse 36; Neugali, Wiesenstrasse 57, Beundenfeld; Schmidt, Coiffeur, Volksbad, Wyler; Stäubli, Coiffeur, Mattenhofstrasse 1.

Hausfrauen, leset diesen Aufruf und machet Eure Männer darauf aufmerksam!

Wohnungsmieter! Mitbürger!

Wie Ihr alle wißt, hat unsere Stadt zur Beseitigung der Mißstände in unserem Wohnungswesen schon vor einer Reihe von Jahren eine genaue Untersuchung unserer Wohnverhältnisse vornehmen lassen. Der beäugelte Bericht konstatiert, daß wir in Bern unter außerordentlich ungünstigen Wohnverhältnissen zu leiden haben. Es giebt bei uns:

- 2935 Wohnungen mit dunkeln, feuchten, nicht ventilierbaren und baufälligen Rädern;
- 2678 Wohnungen ohne besondern Antritt;
- 7309 Wohnungen mit Aborten ohne Beleuchtung, Ventilation und Wasserspülung;
- 4423 Wohnungen ohne Anschluß an die Wasserleitung;
- 1830 Wohnungen, deren Rüdenschüttstein keinen Abfluß hat;
- 1325 Wohnungen mit schlechten Treppen;
- 1205 Wohnungen, aus denen sich die Bewohner bei Feueranbruch nicht leicht retten können;
- außerdem giebt es 2739 schlechte Zimmer.

Dabei sind die Mietpreise unverhältnismäßig hoch und nehmen dem Angestellten, dem Arbeiter, dem Beamten, überhaupt allen denen, die auf ihren Erwerb angewiesen sind, einen viel zu großen Teil ihres spärlichen Einkommens weg; oft genug muß beinahe die Hälfte des Erwerbes für die Miete einer Wohnung ansgegeben werden, die keineswegs einwandfrei ist. Und gerade die kleinste und schlechtesten Wohnungen sind verhältnismäßig am teuersten. Dabei rentieren eine große Masse sogenannter Miethäuser mit 12, 15, ja sogar mit 20 und noch mehr Prozent.

Der Mieter leidet aber nicht nur unter dem schlechten Zustand vieler Wohnungen und den beinahe unerschwinglichen Mietpreisen; es erwachsen ihm auch aus seinen Abhängigkeitsverhältnissen vom Vermieter häufig noch andere, in sein intimes Familienleben eingreifende Störungen. Es ist ja allbekannt, daß einem Wohnungssuchenden der Kindersegen häufig genug ein Hindernis bildet, eine passende Wohnung bekommen zu können.

Die wichtigste Ursache aller dieser Mißstände, hauptsächlich der hohen Mietpreise in den kleinen und mittleren Wohnungen, ist im Mangel an solchen Wohnungen zu suchen. Wenn es ihrer erst einmal eine genügend große Anzahl gäbe, wenn der Wohnungssuchende Auswahl hätte, wären die Hauseigentümer durch die Konkurrenz gezwungen, ihre Wohnungen besser einzurichten und sie zu anständigen Preisen zu vermieten, und der steten Steigerung der Miete wäre Einhalt getan.

Es gilt darum, für eine genügende Zahl kleiner und mittlerer, das heißt vorwiegend zwei- und dreizimmeriger, guteingerichteter und mit den nötigen Dependenz versehenen Wohnungen zu mächtigen Preisen zu sorgen. Der kürzeste und in jeder Hinsicht beste Weg, dieses Ziel zu erreichen, insbesondere der steten Steigerung der Mietpreise erfolgreich zu begegnen und dem Mieter noch in mancher Hinsicht genügende Garantien für sein Wohlbefinden in seinen vier Wänden zu bieten, besteht darin, daß unsere Gemeinde selbst solide, guteingerichtete Wohnhäuser erstellt, sie nicht veräußert und die Wohnungen direkt an die Wohnungssuchenden vermietet. Im Spitalacker besitzt die Gemeinde genügendes und für diesen Zweck vorzüglich geeignetes Bauland, das ihr, ohne daß sie die Mieter überfordert, eine schöne Rendite abwerfen könnte. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß dann auf dem Spitalacker rechte Häuser erbaut werden sollen und nicht in jeder Hinsicht so mangelhafte wie die Gemeindehäuser auf dem Wyler und bei Sölligen.

Dieses Ziel will der Mieterverein Bern erreichen; es ist der Hauptzweck seines Bestehens. Wir stellen nachstehendes

Initiativbegehren:

„Die unterzeichneten Bürger stellen folgendes Initiativbegehren mit dem Verlangen, daß dasselbe innerhalb sechs Monaten der Einwohnergemeinde zur Abstimmung vorgelegt werde:

„Wollt Ihr, daß die Einwohnergemeinde Bern das ihr auf dem Spitalackerplateau gehörende Land selbst mit soliden Wohnhäusern überbaue und dabei besonders auf die Einrichtung von zwei- und dreizimmerigen Wohnungen zu mäßigen Preisen Bedacht nehme? Ja oder Nein?“

Wohnungsmieter! Mitbürger!

Untersignet alle ohne Ausnahme das Initiativbegehren,

wenn Ihr gute und billige Wohnungen und unabhängig wohnen wollt.

Der Mieterverein Bern.

Unterschriftenbogen liegen auf bei:

- Herrn Gruner, Uhrmacher, Neuenstraße 43,
- Herrn Vogelzang, Coiffeur, Bahnhofhalle,
- Herrn Schmid, Coiffeur, Gerechtigkeitsgasse 36,
- Herrn Kenggli, Wiesenstraße 57, Brundensfeld,
- Herrn Schmidt, Coiffeur, Volkshaus Wyler,
- Herrn Stäubli, Coiffeur, Mattenhofstraße 1,
- Restaurant Schweizerbund, Säugasse.

WE. Weitere Unterschriftenbogen können bei Herrn Gruner bezogen werden.

Zusätzlich wird thematisiert, dass die Mietpreise «unverhältnismäßig hoch» sind und die Einkommen bis zu Hälfte wegfallen. Prominent angesprochen werden die damals nicht stimmberechtigten Hausfrauen: «Hausfrauen, leset diesen Aufruf und machet Eure Männer darauf aufmerksam!». «Der Mieter leidet aber nicht nur unter dem schlechten Zustand vieler Wohnungen und den beinahe unerschwinglichen Mietpreisen; es erwachsen ihm auch aus seinem Abhängigkeitsverhältnisse vom Vermieter häufig noch andere, in sein intimes Familienleben eingreifende Störungen. Es ist ja allbekannt, dass einem Wohnungssuchenden der Kindersegen häufig genug ein Hindernis bildet, eine passende Wohnung bekommen zu können.» Daher fordert der Mieterverein Bern entsprechend dem «Hauptzweck seines Bestehens», dass die «Gemeinde selbst solide, guteingerichtete Wohnhäuser erstellt, sie nicht veräußert und die Wohnungen direkt an die Wohnungssuchenden vermietet.» Die Forderung bezieht sich auf das Spitalackerquartier, wo die Gemeinde «genügendes und für diesen

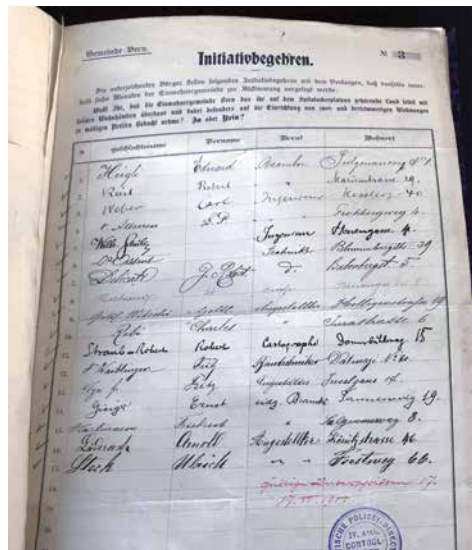
lienenleben eingreifende Störungen. Es ist ja allbekannt, dass einem Wohnungssuchenden der Kindersegen häufig genug ein Hindernis bildet, eine passende Wohnung bekommen zu können.» Daher fordert der Mieterverein Bern entsprechend dem «Hauptzweck seines Bestehens», dass die «Gemeinde selbst solide, guteingerichtete Wohnhäuser erstellt, sie nicht veräußert und die Wohnungen direkt an die Wohnungssuchenden vermietet.» Die Forderung bezieht sich auf das Spitalackerquartier, wo die Gemeinde «genügendes und für diesen

Abb. 3 (linke Seite): Lancierung der Initiative 1900, Anzeiger für die Stadt Bern, 5. Mai 1900.
Abb. 4 (rechts): Einer von 85 eingereichten Unterschriftenbogen mit 1089 Unterschriften, 1900.

Zweck vorzüglich geeignetes Bauland» hat. Neben der Publikation im Stadtanzeiger werden auch im Intelligenzblatt Hinweise platziert. Dort wird auf Gewerbebetriebe hingewiesen, wo die Unterschriftenbogen aufliegen, darunter mehrere Coiffeurläden. Schon einen Monat später sind die Unterschriften zusammen. Am 12. Juni 1900 hat der Mieterverein Bern 1089 Unterschriften auf 85 Bogen bei der Staatskanzlei eingereicht.¹⁷

Der Abstimmungskampf

Die Initiative war umkämpft und es wurde viel dafür und dagegen argumentiert. So zum Beispiel in Leserbriefen im Berner Intelligenzblatt: Der Einsender stellt zwar fest, dass die Wohnungsnot nicht abzustreiten sei, aber die Gemeinde sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowieso finanziell in der Klemme und könne so auf keinen Fall Spekulationen mit sehr unsicherem Ausgang unternehmen.¹⁸ Der Leser fragt weiter: «Weiss eigentlich der Mieterverein, was er damit verlangt!?! Weiss er, wie viel Bauterrain die Gemeinde auf dem Spitalackerplateau besitzt?! Weiss er, dass die Gemeinde dieses Bauterrain nach und nach verkaufen muss, um die Kornhausbrücke zu bezahlen? Weiss er, dass es schon jetzt verschiedene Stadtviertel gibt, deren Bevölkerung immer mehr zurückgeht, ohne dass die Gemeinde diese Entvölkerung noch besonders begünstigt?» Er verweist ausserdem auf den Leserbrief eines Befürworters, der statuiert hatte, die Gemeinde habe andere Projekte auch finanzieren können, es sei also durchaus Geld vorhanden. Der Schreiber, der sich als Hausbesitzer outet, kontert, dass



diese Institutionen, es werden Reitschule und Kornhauskeller genannt, nicht rentierten und deshalb bei weiteren Kapitalanlagen Vorsicht geboten sei.¹⁹

Auch der Stadtrat selbst hatte finanzielle Bedenken. Die Diskussion im Stadtrat am 23. November 1900 zum «Initiativbegehren des Mietervereins betreffend Erstellung von Gemeinde-Wohnhäusern auf dem Spitalacker» endete mit der Empfehlung, die Initiative abzulehnen. Dies mit der Begründung, finanziell sei das Projekt nicht so zu realisieren, wie es die Initiant/innen angedacht hätten. Um eine Rendite mit den Häusern zu erzielen, müssten sie für 1200 Fr. vermietet werden, was für damalige Verhältnisse teuer war, und so könne dem Wunsch nach günstigem Wohnraum nicht entsprochen werden.²⁰

Nicht nur der Stadtrat und der Stadtpräsident sprachen sich gegen die Initiative aus. Auch der Handwerker- und Gewerbeverein entschloss sich nach einem Vortrag eines Stadtrates an seiner Versammlung,

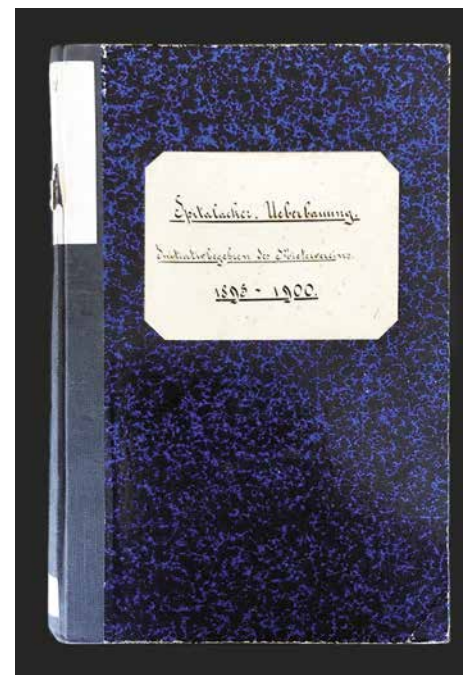
die Vorlage zur Verwerfung zu empfehlen. Zur gegenwärtigen schwierigen Finanzlage der Stadt zählte Stadtrat Böhme zu dieser Gelegenheit noch weitere Punkte auf, die seiner Meinung nach gegen ein solches Projekt sprachen. So seien «nachgewiesen-ermassen mehrere hundert Logis (Wohnungen) unbewohnt [und] die Mietzinse im Rückgang.»²¹ Ausserdem liege es nicht im Interesse von Handwerkern und Gewerbe, dass die Stadt sie konkurriere. Konkurrenz gebe es schon genügend.

Ein Angestellter der bernischen Wohnungsagentur meldet sich ebenfalls im Intelligenzblatt zu Wort und argumentiert mittels einer Tabelle, es gebe überhaupt keinen Mangel an Zwei- oder Dreizimmerwohnungen in Bern. Dazu listet er die Wohnungen auf, die pro Monat durchschnittlich von der Agentur vermittelt werden.²²

Auf die Behauptungen des Mitarbeiters der Wohnungsagentur, H. von Wattenwyl, reagierte der Statistiker Carl Landolt in der Berner Tagwacht: «Zum wie vielen Male soll man denn die grundfalsche Ansicht widerlegen, dass die Zahl der in den Blättern ausgeschriebenen oder auf den Wohnungsagenturen angemeldeten Wohnungen mit der Zahl der leeren Wohnungen etwas zu tun [sic!] habe.» Landolt führt aus, dass jede Wohnung, aus der jemand auszieht, ausgeschrieben werden muss, was allerdings nicht heisse, dass diese auch leerstünde. «Es widerspricht darum geradezu dem einfachsten Denken, aus der Zahl der zum Ver-

mieten ausgeschriebenen Wohnungen auf die Zahl der leerstehenden zu schliessen»,²³ so Landolt weiter. «Es kommt dazu noch, dass die auf Ihrem Bureau angemeldeten Wohnungen nur einen verschwindenden Bruchteil aller jeweiligen ihren Mieter wechselnden Wohnungen vorstellen, und es kommt weiter dazu, dass die Berechnungsart, welche Sie anwenden, auch wenn Sie wirklich die Zahl der leerstehenden Wohnungen wüssten, grundfalsch ist und der primitivsten Primarschulbildung geradezu ins Gesicht schlägt.» Der Tonfall, den er dabei anschlägt, ist eher brüsk: »Wo haben Sie eigentlich rechnen gelernt, Herr von Wattenwyl?« Daraufhin rechnet er vor, wie viele der Berner Wohnungen in Prozenten tatsächlich Drei- oder Vierzimmerwohnungen sind, seiner Meinung nach die Zahlen, die Von Wattenwyl hätte benutzen sollen. Er kommt dabei auf 11.5% Vierzimmerwohnungen und 19.3% Dreizimmerwohnungen,²⁴ im Gegensatz zu von Wattenwyl, der 17% Vierzimmerwohnungen und 37% Dreizimmerwohnungen in der Stadt Bern eruiert hatte.²⁵

Der Mieterverband versuchte mittels eines Leserbriefes im Intelligenzblatt selbst die Fakten ins richtige Licht zu rücken: Es handle sich keinesfalls um den Bau von Villen, wie das in einem ähnlichen, vom Stadtbauamt ausgearbeiteten Projekt vorgesehen sei, sondern um Zwei- und Dreizimmerwohnungen. Ausserdem bedeute die Initiative nicht eine schwere Belastung der Gemeindefinanzen, sondern es biete sich hier eine sichere Kapitalanlage an.²⁶



Die Sozialdemokratische Partei empfahl die Vorlage derweil zur Annahme,²⁷ die freisinnig-demokratische Parteiversammlung (FDP) konnte sich nicht entscheiden und entschloss sich zur Stimmfreigabe.²⁸ Die Abstimmung fand am Wochenende des 15. und 16. Dezembers 1900 statt. Das Resultat fiel zu Ungunsten des Mietervereins aus. In der Abstimmung unterlag die Initiative mit 3608 Nein- zu 2121 Ja-Stimmen.²⁹ ³⁰ Die finanziellen Argumente hatten wohl die Wohnungsnot überflügelt.

Abb. 5: Verwaltungsakten zur Spitalackerüberbauung und zur Initiative des Mietervereins 1899–1900.

Das Areal Spitalacker

Das Areal auf dem Spitalacker, das bebaut werden sollte, gehörte inzwischen der Stadt Bern. Dieses hatte sie günstig von der Bürgergemeinde übernehmen können. Im Gegenzug dazu sollte die Stadt den Bau der Kornhausbrücke propagieren.³¹ Die Bürgergemeinde hatte 1893 den über den amtlichen Wert des Unteren Spitalackers hinausgehenden Teil des Verkaufspreises als Beitrag an den Bau der Kornhausbrücke der Stadt überlassen.³² Ein Gemeinderatsbeschluss bestimmte, dass der Erlös aus dem Verkauf dieser Gelände zur Tilgung der Kosten der Kornhausbrücke verwendet werden soll:³³ «Bei Anlass des Baues der Kornhausbrücke in Bern überliess die Bürgergemeinde das ihr gehörende <Spitalackerfeld> der Einwohnergemeinde als Beitrag an die Kosten der Brücke zur Grundsteuerschätzung, die damals sehr niedrig bemessen war.»³⁴

Der Spitalacker, ein nördlich der Altstadt auf der anderen Seite der Aare gelegenes, grosses Grundstück, wurde seit dem Mittelalter landwirtschaftlich genutzt. Es war im Besitz des Burgerspitals der Stadt Bern, was ihm den Namen «Spitalacker» eintrug. Mit dem Stadtwachstum im 19. Jahrhundert entstand nördlich dieser Freifläche das rasch wachsende Breitenrain-Quartier. Die Nähe der Stadt legte eine Überbauung der Fläche nahe. Der Volksbeschluss zum Bau der Kornhausbrücke, der am 23. Oktober 1892 angenommen wurde, beinhaltete auch die Bebauung des Spitalackers.



Abb. 6 + 7 (oben): Kreuzung Wyttensbachstrasse/Viktoria-
rain, 1910er Jahre. Da die Spekulation die Bodenpreise
enorm in die Höhe trieb, wurden kurz vor dem Ersten Welt-
krieg Mietkasernen gebaut, die einen möglichst hohen
Ertrag abwerfen sollten. Im Volksmund «Hypothekenfried-
hof» genannt.
Bebauungsplan Spitalackerfeld 1900. Massstab 1:2000.
Abb. 8 (unten): Häuser an der Badgasse vor 1926. Die
1911 gegründete Gemeinnützige Baugenossenschaft Bern
liess bis 1932 das schlechte Wohngebiet etappenweise
abreissen und neu überbauen.



So entstand eines der ersten am Reissbrett geplanten Quartiere der Stadt Bern. Der erste Bebauungsplan des Viktoriaplatzes mit Brückenzufahrt wurde 1904 durch die städtische Baudirektion erstellt, dies «zum Zwecke, den Verkauf des Landes zu befördern». Als nun der Grund nach Verhandlungen mit Privaten dem Stadtrat zum Verkauf unterbreitet wurde, erhob dieser Einwände, worauf 1907 ein Änderungsvorschlag des Bernischen Ingenieur- und Architekturvereins (SIA) folgte. Dessen Projekt umfasste für «die Grundfläche der für Hausbauten bestimmten Bauplätze» 48'830m², was einem Zusatz von 10% gegenüber dem Projekt der Stadt entsprach und einen Mehrerlös von 240'000 Franken bedeutete. Der Gesamterlös wurde auf rund 2.4 Millionen Franken veranschlagt. Die Kosten der vorgesehenen Gebäude wurden auf 20 Millionen Franken geschätzt. «es scheint daher wohl gerechtfertigt, dass einer so bedeutenden Bautätigkeit auf möglichst rationelle und weitherzige Weise die Wege geöffnet werden», bilanzierte O. W. im Baublatt.³⁵

Zwischen nationaler Vernetzung und schwankendem lokalem Interesse

Nachdem der Mieterverein in den ersten Jahren regen Zulauf hatte verzeichnen können, nahm dieser nach und nach wieder ab. Bereits im Oktober 1900, also kurz vor der Abstimmung, wurde ein Desinteresse am Mieterverein beklagt. Der Mitgliederbeitrag betrug damals 2 Franken.³⁶

Im Jahr 1902 bekamen die Mitglieder des Mieterverbandes in Bern die Zeitschrift «Der Wohnungsmieter» vom Mieterverband Zürich zugestellt.³⁷

Bereits 1891 wurden in Basel und Zürich aufgrund grosser Wohnungsnot erste Mieterorganisationen nach deutschem Vorbild gegründet. Eine wichtige Basis lieferten Wohnungsensquäten (z. B. diejenige von Karl Bücher in Basel 1889), welche die katastrophalen Wohnverhältnisse in den städt. Arbeiterquartieren dokumentierten. Die Gründung von Mietervereinen war zudem eine Antwort auf die entstandenen Hauseigentümergebände.³⁸ In Bern war der Verband der Haus- und Grundeigentümer 1917 gegründet worden (zu Beginn in der Form einer Genossenschaft).³⁹

Bereits 1895 gab es vom MV Zürich (gegründet 1891) ein erstes Zirkularschreiben für die Gründung eines Zentralverbandes an diverse Vereine auch in Bern und in Biel, offenbar ohne Echo. Am 19. November 1901 kam es auf Einladung des Mietervereins Bern an einer Delegiertenversammlung in

Aarau zur allerdings kurzlebigen Gründung des «Verbands schweizerischer Mietervereine» durch Delegierte aus Bern, Zürich, Winterthur und St. Gallen. Als Organ wurde der Zürcher «Wohnungsmieter» bestimmt. Aus der Abschlussresolution: «Es wird den städtischen Gemeinwesen gegenüber der Wunsch ausgesprochen, dieselben möchten ihren Grundbesitz nicht veräussern, sondern zur Selbstbehauptung mit unverkäuflichen Wohnhäusern für die Bedürfnisse der weniger Bemittelten reservieren.» Doch bereits im Jahr danach war von einer Verschiebung der Delegiertenversammlung die Rede.⁴⁰

1915 berief der Mieterverein Genf einen Schweiz. Mieterkongress in Biel ein, wo der Schweizerischer Mieterbund mit Zentralvorstand in Zürich gegründet wurde (heute Schweiz. Mieterinnen- und Mieterverband, MV). In der Berner Presse wurden die Forderungen und Versammlungen der Mietervereine auf schweizerischer Ebene regelmässig thematisiert, wie auch der Aufruf 1900 für einen Mieterverein Schweiz.⁴¹

Lokal stockte aber die Verbandsentwicklung. So stellte die ausserordentliche Versammlung Ende 1905 fest, dass von den ursprünglich 400 Mitgliedern noch 120 verblieben waren. Davon kamen ganze zwölf an die einberufene Versammlung. Man entschied sich aber dennoch, dem Verein noch eine Chance zu geben, anstatt ihn direkt zu liquidieren. Es verliert sich hier aber jede Spur des Vereines.⁴²

Kommunale Wohnungspolitik in der Stadt Bern

Parallel zur hektischen Bautätigkeit zwischen 1880 und 1910 nahm die Zahl der Mieter und Mieterinnen sprunghaft zu. In den grösseren Städten lag der Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsbestand bereits vor 1900 bei 77 bis 86% wie in Bern. Ein grosses Thema war der Wohnungsmangel, so z. B. ab 1870 in Bern wegen des Zuzugs zahlreicher eidgenössischer Beamter. Die Gemeinden waren gefordert. Bern war die erste Stadt, die sich ab 1890 am Wohnungsbau beteiligte. 1889 veranlasste die Gemeinde Bern den Bau von Arbeiterwohnungen, später folgten Lausanne, Neuenburg, Genf und Zürich, wo die Wohnbauförderung 1907 in der Gemeindeordnung festgeschrieben wurde. Der kommunale Wohnungsbau machte jedoch immer nur einen kleinen Teil am Gesamtvolumen des Wohnungsbaus aus. 1931 wurden in der ganzen Schweiz 3508 Wohnungen gebaut, davon 1773 in Zürich und 638 in Bern.

Ab 1910 wurden die Wohnungen – wie in vielen anderen Schweizer Gemeinden – wieder rar. In den folgenden Jahren verbesserte sich die Situation überall in der Schweiz ausser in Bern, wo die Verwaltung weiter wuchs. Ausserdem ging dort - im Gegensatz zu anderen Städten - die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer ab 1914 nicht zurück. Im Jahr 1902 gab es in der Stadt Bern eine städtische Kommission und es wurde politisch ein Wohnungsgesetz diskutiert. Auch wurde die Forderung nach einem städtischen Wohnungsamt laut.⁴³

Abb. 9 (unten): Detailplan der inneren Stadtgebietsteile im Rahmen der Wohnungs-Enquête 1906.

1889: Berner Wohnungsenquête

Unmittelbar nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der Wohnungsenquête von 1889 – die neben Bern in fast allen grösseren Schweizer Städten durchgeführt worden war, um die Gestaltung, die Nutzung und den hygienischen Zustand des vorhandenen Wohnraums zu erfassen – beantragte die sozialdemokratische Stadtratsfraktion am 26. Januar 1900 die Schaffung eines städtischen Wohnungsnachweises. Es dauerte jedoch bis zum Jahr 1908, bis die Kommission für den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenversicherung die Frage des Wohnungsnachweises erneut aufnahmen.

Die Kommissionsmitglieder besuchten eine Reihe von bestehenden Wohnungsämtern in deutschen Städten, um sich einen Überblick über deren Organisation und Betrieb zu verschaffen. Auf deren Empfehlung beschloss der Stadtrat am 10. Juli 1908, in Bern ebenfalls ein Wohnungsamt zu errichten.



1910: Städtisches Wohnungsamt wird eröffnet

Da entsprechende Räumlichkeiten vorerst fehlten, konnte das Amt jedoch erst im September 1910 eröffnet werden. Die Aufgaben des Wohnungsamts bestanden in der Vermittlung von Wohnungen, Geschäftsräumen und Werkstätten. Unter der Bezeichnung Arbeitslosen- und Wohnungsfürsorge bildete das Arbeitsamt zusammen mit dem Wohnungsamt seit 1920 den dritten Zweig der Direktion der sozialen Fürsorge. Da neben dem Wohnungsamt auch die Liegenschaftsverwaltung Wohnungen an interessierte Personen vermittelte, wurde das Wohnungsamt auf den 1. Mai 1955 der Liegenschaftsverwaltung angegliedert. 1967 kamen noch die Obdachlosen- und Wohnungsfürsorge dazu.⁴⁴

Am 25. Juli 1917 erliess der Gemeinderat eine Verordnung, wonach eine «sog. Mietkommission» errichtet wurde, welche dem Gewerbegericht angegliedert wurde. Diese befasste sich mit Streitfällen wie «Zinserhöhungen und Kündigungen». Aufgrund der Arbeitslast musste die Zahl der Beisitzer auf 20 erhöht werden, paritätisch 10 Vermieter und 10 Mieter.⁴⁵ Zudem wurde die Wohnungsmarktstatistik regelmässig erhoben und auch veröffentlicht. Die Leerwohnungsziffer betrug im Mai 1916 0.4%.

Wohnungskrise im 1. Weltkrieg und staatliches Handeln

Während des 1. Weltkriegs litt der Wohnungsbau schweizweit unter der Bevölkerungsabnahme, der allgemeinen Unsicherheit und dem Mangel an Kapital, Baumaterialien und Arbeitskräften. Waren 1911–14 in den 26 grössten Gemeinden noch 20'139 Wohnungen erstellt worden, so waren es 1915–18 nur mehr 4744.

Der 1. Weltkrieg brachte den staatlichen Wohnungsbau vorerst zum Stillstand. Erst mit der ausserordentlichen Wohnungsnot von 1918–19 verdichteten sich die vereinzelt Versuche zu Ansätzen einer Wohnungspolitik mit Subventionen von Bund, Kantonen und Gemeinden, die allerdings 1924 vom Bund sowie Anfang der 1930er Jahre von Gemeinden und Kantonen zum grössten Teil wieder gestrichen wurden. Die Wohnungsknappheit in den Städten war 1919 auf dem Höhepunkt. Damals verzeichneten Zürich mit 0,05% sowie Bern und Basel mit je 0,2% äusserst geringe Leerwohnungsbestände, was eine allgemeine Erhöhung der Mietzinse nach sich zog. Der Bund antwortete auf die daraus resultierenden sozialen Unruhen mit einer Reihe von Erlassen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter, zur Beschlagnahme unbenutzter Wohnungen und zur Förderung des Wohnungsbaus. Er gewährte günstige Kredite sowie Subventionen à fonds perdu. Die Gemeinden erstellten 1919–24 1517 Wohnungen, mehr als je zuvor. Die Fördermassnahmen endeten 1924 mit der Liberalisierung der Mieten.⁴⁶

Auch die Stadt Bern erliess am 18./19. Dezember 1920 diverse Massnahmen gegen die «Wohnungsnot», so den Beschluss von «Gemeindewohnbauten auf dem Wyler», aber auch die Gewährung von Mietzinsbeiträgen bis Fr. 300.–. Zudem gab es Massnahmen «zur Verhinderung des Umbaus, der Umwandlung sowie der Vereinigung von Wohnungen».

«Zur Verhütung weiterer Obdachlosigkeit wurde gegen die Umwandlung und den Umbau von Wohnungen sowie die Vereinigung mehrerer Wohnungen in 12 Fällen Einsprache erhoben, wodurch das Vorhaben verhindert und die Wohnungen dem Wohnungsmarkt erhalten bleiben konnten.»⁴⁷

1918/1919: Berner Wohnungsnot

Ende der 1910er Jahre herrschte in Bern nach wie vor Wohnungsnot. Die vom Gemeinderat geforderte Verlängerung des Wohnungsmoratoriums wurde durch den Bundesrat vorerst nicht genehmigt, dann aber wurde es doch verlängert: «Der Bundesrat hat sich den von der Gemeinde ins Treffen geführten Beweisstücken nicht verschliessen können und er hat deshalb gestern folgenden Beschluss gefasst: Die Gemeinde Bern wird ermächtigt anzuordnen, dass Personen und Familien, deren Mietvertrag auf den 1. November 1919 abläuft und die bis dahin kein anderes Obdach gefunden haben, vorläufig in den gemieteten Wohnräumen verbleiben können. Damit ist der ersten Programmforderung des Mieterschutzverbandes Genüge getan.»⁴⁸ Man rechnete mit 60–70 Familien,

die nach der Umzugsphase am 1. November 1919 obdachlos geworden wären und in Schulhäusern hätten untergebracht werden müssen. Das wiederum ärgerte die Schulkommission, welche die Schulhäuser lieber für ihren ursprünglichen Zweck benutzt hätte. Die Mietpreise stiegen weiterhin, angetrieben durch den Wohnungsmangel, teilweise wurden Mietpreiserhöhungen von 100% festgestellt. Das Wohnungsamt der Stadt Bern war überfordert und die Meldepflicht der Vermieter wurde oft ignoriert.

Ausserdem verschärfte ein Bundesratsbeschluss zum Eigenbedarf von Wohnungen durch BesitzerInnen die Lage der MieterInnen. So verfügte der Bundesrat, dass die «Kündigungen dann gerechtfertigt seien, wenn der Hausbesitzer die Wohnung für sich oder seine nächsten Angehörigen brauche.»⁴⁹

Wie virulent das Thema Wohnungsnot 1918 war, zeigen Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen. Es gab ein «Initiativkomitee zum Kampf gegen die Wohnungsnot» und der Stadtberner Gemeinderat gelangte an den Regierungsrat betreffend Änderung der Regelung der Mietkommission.⁵⁰ Zudem wurde 1919–25 von den Architekten Franz Trachsel und Otto Ingold das Weissensteingut Bern der Eisenbahnergenossenschaft als Arbeitersiedlung erbaut.

Auch in der Stadt Burgdorf war die Schaffung einer Wohnungskommission Thema.⁵¹ Zudem setzte der Bundesrat auf Bundesebene eine Kommission ein.⁵²

1918: «Mieterschutzverband der Stadt Bern und Umgebung» gegründet

Initiativkomitee Bierhübeli tritt in Aktion

Aber auch in der Stadt Bern gab es unterschiedliche Aktivitäten. So ist im August 1918 die Gründung der «Bernische Wohnungsbau-genossenschaft» mit einer «Vertrauensmännerversammlung» dokumentiert.⁵³ Und am 22. September 1918, am Sonntagmorgen um 9 Uhr, fand im Volkshaus die «Gründungsversammlung der Mieter» in der Form einer Genossenschaft statt. Diese nahm Bezug auf die kürzlich gegründete Wohnungsbaugenossenschaft und Mieterthemen. Hier gibt es auch erstmals den Hinweis, dass ebenfalls am gleichen Sonntag, den 22. September 1918 am Nachmittag eine Versammlung stattfand, «die ein anonymes Initiativkomitee auf Sonntagnachmittag im Bierhübeli einberuft».⁵⁴ Es ist davon auszugehen, dass das Initiativkomitee Bierhübeli am 22. September 1918 die Gründung des Mieterverbandes in die Wege leitete. Gemäss Ankündigung findet am 13. Oktober 1918 die Versammlung des gegründeten «Mieterschutzverband der Stadt Bern und Umgebung» statt und zwar ebenfalls im Bierhübeli. Anwesend soll auch ein Vertreter des Schweizer Mieterverbandes gewesen sein.⁵⁵

Die grosse Wohnungsnot und drohende Obdachlosigkeit führten im Oktober 1918 zu folgendem Artikel im Intelligenzblatt der Stadt Bern:

«Zur Wohnungsnot.

Der erste November naht, der grosse Tag des Umzugs. Für viele ist es aber nicht ein solcher, sondern ein Auszug. Denn viele wissen heute noch nicht, wo sie an diesem

Stadt Bern

Zur Wohnungsnot.

Der erste November naht, der große Tag des Umzugs. Für viele ist es aber nicht ein solcher, sondern ein Auszug. Denn viele wissen heute noch nicht, wo sie an diesem Tage unterkommen werden; begreiflicher Weise sagen die Baracken und Schulhäuser nicht gerade zu. Andere werden von dem Gespenst der Mietzinserhöhung geplagt. Entweder haben sie auf diese einzugehen, oder, wenn sie dies nicht wollen, fliegt ihnen die Kündigung auf den Tisch. Was richtet aber der einzelne aus gegen diese Not? Hier kann nur noch ein Zusammenschluss der Mieter helfen. Und je mehr sich zusammenschließen, desto nachdrücklicher und rascher der Erfolg. Dieser Zusammenschluss ist bereits erfolgt. Aus dem Initiativ-Komitee, das seinerzeit die Bierhübeliversammlung einberief, hat sich ein «Mieterschutzverband der Stadt Bern und Umgebung» konstituiert. Dieser Verband steht vor, seine Mitglieder gegen ungerechtfertigte Kündigungen und Mietzinserhöhungen zu schützen. Er wird zu diesem Zwecke, wie auch zu weiterer Auskunfterteilung ein ständiges, von einem Juristen geleitetes Auskunftsbureau schaffen, das den Mitgliedern gratis zur Verfügung stehen wird. Der Verband steht auch noch sonstige Vergünstigungen für seine Mitglieder vor.

Der Verband veranstaltet Sonntag den 13. Oktober im Bierhübeli neuerdings eine Versammlung, an der ein Vertreter des schweizerischen Mieterbundes, Herr Dr. Gufer, über Zweck und Ziel einer derartigen Organisation referieren wird. Es soll sodann noch die gegenwärtige Lage besprochen und über die Stellungnahme der Mieter beschloffen werden. Es sei an dieser Stelle noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß genannter Verband politisch auf durchaus neutralem Boden steht.

Tage unterkommen werden; begreiflicher Weise sagen die Baracken und Schulhäuser nicht gerade zu. Andere werden von dem Gespenst der Mietzinserhöhung geplagt. Entweder haben sie auf diese einzugehen, oder, wenn sie dies nicht wollen, fliegt ihnen die Kündigung auf den Tisch. Was richtet aber der einzelne aus gegen diese Not? Hier kann nur noch ein Zusammenschluss der Mieter helfen. Und je mehr sich zusammenschliessen, desto nachdrücklicher und rascher der Erfolg. Dieser Zusammenschluss ist bereits erfolgt. Aus dem Initiativ-Komitee, das seinerzeit die Bierhübeliversammlung einberief, hat sich ein «Mieterschutzverband der Stadt Bern und Umgebung» konstituiert.

Dieser Verband sieht vor, seine Mitglieder gegen ungerechtfertigte Kündigungen und Mietzinserhöhungen zu schützen. Er wird zu diesem Zwecke, wie auch zu weiterer Auskunftserteilung, ein ständiges, von einem Juristen geleitetes Auskunftsbureau schaffen, das den Mitgliedern gratis zur Verfügung stehen wird. Der Verband sieht auch noch sonstige Vergünstigungen für seine Mitglieder vor.» (...) «Es sei an dieser Stelle noch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass genannter Verband politisch auf durchaus neutralem Boden steht.»⁵⁶

Der neugegründete Verband hatte vor, seine Mitglieder gegen ungerechtfertigte Kündigungen und Mietzinserhöhungen zu schützen. Dafür sollte ein Auskunftsbureau geschaffen werden, das den Mitgliedern gratis zur Verfügung stehen sollte. Extra wurde darauf hingewiesen, dass der Verband politisch neutral sei.⁵⁷

Somit war der heutige Mieterschutzverband gegründet. Unter seinem ersten Präsidenten, einem Herrn Roth, machte sich der Verband an die Arbeit.⁵⁸ Im ersten Jahr wurden vor allem Mieterrekurse bearbeitet, aber auch politische Forderungen aufgestellt. So wurden u. a. bei den kantonalen und eidgenössischen Behörden Resolutionen eingereicht, die mehr Wohnungen forderten. Auch mehr Schutz für Mieter war eine der Hauptforderungen des Mieterschutzverbandes. Dazu gehörte eine Verschärfung der Meldepflicht für leere Wohnungen, ein Verbot von Umwandlungen von Wohn-

räumen in Geschäftsräume, ein sofortiges Einschreiten gegen sprunghaft ansteigende Mietzinse und Massnahmen gegen unlautere Manipulation bei der Vermietung von Wohnungen.⁵⁹

Verbandsaktivitäten – Sekretariat in der Wyttlenbachstrasse

In den folgenden Monaten ist der Mieterschutzverband aktiv und fordert den «Schutz gegen Emissionen» und ein Bleibe-recht gegen Obdachlosigkeit zum Zügel-termin vom 1. November.⁶⁰ Für das Jahr 1919 ist ein Aufruf des Mieterschutzverbandes dokumentiert, befristete Mietverträge an das Sekretariat an der Wyttlenbachstrasse 29 (Nordquartier) zu melden.⁶¹ Der Mieterschutzverband ist auch in den Medien mit einem grösseren Artikel mit dem Titel «Mieterschutz, Wohnungsfrage und Siedlungs-politik» präsent.⁶²

Im Oktober 1919 findet die Versammlung des Mieterschutzverbandes, ein Jahr nach Gründung im Café des Alpes statt. Präsi-diert wird die Versammlung vom Präsi-denten Herrn Roth, wohnhaft an der Wylerring-strasse 28. Vertreten ist auch der Leiter der Auskunftsstelle «Fürsprech, Herr Oesch». Er hatte seit der Gründung 50 Rekurse zu bearbeiten. Aktuell ist weiterhin die Forde-rung nach einem Moratorium, da weiterhin obdachlose Mieter in der Stadt leben.⁶³

Wohnungsnot und Mieterschutz

«Der seit einem Jahr bestehende Mieterschutzverband berief auf Freitagabend ins Café des Alpes eine öffentliche Versammlung ein, die sehr zahlreich von Mietern der verschiedenen Stadtquartiere besucht war. Der Verbandspräsident, Herr Roth, erstattete Bericht über die bisherige Tätigkeit des Verbandes. Die Notmassnahmen sind noch lange nicht imstande, der Wohnungs-kalamität abzu-helfen; immer sicherer treiben wir der Wohnungs-katastrophe entgegen. Der Leiter der Auskunfts-stelle, Herr Fürsprech Dr. Oesch, teilte mit, dass der Verband von März bis heute 50 Mieterrekurse glücklich durchführte, und gab verschiedene Aus-künfte über das Verhalten der Mieter gegenüber ungerechten Forderungen. Die Ausführungen der beiden Referenten wurden in eine Resolution zusammengefasst, die den kantonalen und eid-genössischen Behörden unterbreitet werden soll und in erster Linie Schaffung eines Moratoriums für obdachlose Mieter, deren auf 1. November 150 sein werden, verlangt.

Ferner stellt der Mieterschutzverband fest, dass die durch den Bundesratsbeschluss betreffend Förderung der Hochbautätigkeit vom 23. Mai 1919 geweckten Hoffnungen bezüglich baldigen Wohnungsbaus keineswegs erfüllt worden sind. Die in Aussicht genommenen Subventionssummen sind völlig ungenügend, die Erledigung des Subventionsgesuches lässt viel zu lange auf sich warten. Soll die Mietnot in den grössten Zentren, insbesondere in Bern, nicht zu einer eigentlichen Wohnungskatastrophe werden, ist die sofortige Aufnahme der Wohnungsbautätigkeit im Sinne einer Normalisierung von Bauart und Bautyp zur Verbilligung der Baukosten dringend nötig. Im Anschluss an dieses Postulat verlangt der Mieterschutzverband, dass die zuständigen Behörden unverzüglich an die Frage der Erstellung eines Expropriationsrechtes zugunsten des gemeinnüt-zigen Wohnungsbaues herantreten.

Schliesslich wird der Ausbau des Mieterschutzes auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung verlangt – im Sinne der am 7. September 1919 vom schweizerischen Mieterbund aufgestellten Richtlinien. In der Stadt Bern ist insbesondere notwendig:

1. Die sofortige Verschärfung der obligatorischen Meldepflicht und die Übertragung der Wohnungs-vermittlung an das städtische Wohnungsamt.
 2. Sofortiges, striktes Verbot jeder weiteren Um-wandlung von Wohnräumen in Geschäftslokali-täten und Bureaux, welches insbesondere von den Bundesverwaltungen zu beachten ist.
 3. Sofortiges wirksames Einschreiten gegen die sprunghaft steigenden Mietzinse; Festsetzung der Mietzinse durch die Wohnungen vermittelnde Behörde bei Abschluss neuer Verträge.
 4. Massnahmen gegen unlautere Manipulationen bei der Vermietung von Wohnungen. Massnah-men gegen die Umgehung der Mietschutzinstan-zen durch befristete Mietverträge.
- Zum Schlusse erklärten zahlreiche Anwesende ihren Beitritt zum Mieterschutzverband.

* * *

Wir hatten schon früher Gelegenheit, der Woh-nungsnot der Berner eingehende Besprechungen zu widmen, und wir betonten damals, dass für den Augenblick die Verlängerung des Wohnungs-moratoriums unerlässlich erscheine. Der Bundes-rat hat sich den von der Gemeinde ins Treffen geführten Beweisstücken nicht verschliessen kön-nen und hat deshalb gestern folgenden Beschluss gefasst: Die Gemeinde Bern wird ermächtigt, anzuordnen, dass Personen und Familien, deren Mietvertrag auf 1. November 1919 abläuft und die bis dahin kein anderes Obdach gefunden haben, vorläufig in den gemieteten Wohnräumen verblei-ben können. Damit ist der ersten Programmforde-rung des Mieterschutzverbandes Genüge getan. Eine solche Verfügung darf nur von Fall zu Fall auf Grund einer Prüfung der Umstände und nach Anhörung beider Mietparteien getroffen werden. Eine Verfügung soll jedenfalls unterbleiben, wenn sie nicht getroffen werden kann, ohne dass andere Personen dadurch obdachlos werden. Die Gemeinde haftet den Vermietern für den ihnen aus den getroffenen Verfügungen erwachsenen Schaden, der im Streitfalle durch den Richter zu bestimmen ist. Der Beschluss tritt sofort in Kraft.»

(Intelligenzblatt, 18. 10. 1919)



zeichnet der Verband 2500 Konsultationen, 149 «Schadensfälle» bei der Mieterversicherung, 280 Einsprachen beim Mietamt wegen Kündigungen. Der Verband hat 4000 Mitglieder und ist die zweitgrösste Sektion der Schweiz. Der Jahresbeitrag beträgt Fr. 8.–, zusätzlich Fr. 9.– für die Mieterversicherung. Die Verbandsrechnung 1967 hat Ausgaben von Fr. 36'052.70 bei Einnahmen von Fr. 33'804 und schliesst mit einem Gewinn von Fr. 2248.70 ab. Das Vermögen beträgt Fr. 25'108.30.

1969 kommt es zu einem Wechsel an der Verbandsspitze. Der vormalige Vizepräsident Ruedi Röthlisberger (Präsident 1969–1979) übernimmt die Nachfolge des im Amt verstorbenen Präsidenten Alfred Hug, Fürsprecher. Fürsprecher G. Rieder ist die juristische Anlaufstelle. Er empfängt KlientInnen an der Genfergasse 3.

Im Oktober 1978 erscheint neu das «Mitteilungsblatt Mieterverband Bern» und thematisiert die aktuelle Situation auf dem



Wohnungs- markt: «Diese völlig ungenügende Wohnbauproduktion wirkt sich nicht nur negativ auf den Leerwohnungsbestand und damit auf den Wohnungsmarkt aus, sondern bewirkt auch eine unerwünschte Abwanderung von Familien aus der Stadt in die Region. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Einwohnerzahl der Stadt Bern seit 1962 von 166'200 auf weniger als 146'000 abgenommen hat. Gerade deshalb wäre die Förderung des Baues von preisgünstigen Familienwohnungen in der Stadt Bern unerlässlich.»⁶⁸

1979 beträgt der Jahresbeitrag Fr. 20.–, zusätzlich Fr. 17.– für die Mieterversicherung. 1980 sind wichtige Themen der Ausbau der Rechtsberatung, die Einführung eines Rechtsschutzes für Mitglieder und die Aufnahme von Verhandlungen mit dem HEV Bern «über einen Paritätischen Mietvertrag für die Region Bern.» 1981 erscheint die erste Nummer des «offiziellen Organs» in neuem Gewand und erscheint quartalsweise bis Ende 1993. 1983 zählt der Verband 5260 Mitglieder.

Während der 80er Jahre kommt es zu einer Verdoppelung der Mitglieder von 4000 auf 8000. «Die Professionalisierung und der Ausbau der Dienstleistungen brachte eine Explosion der Mitgliederzahlen mit sich»,



Abb. 16 (linke Seite oben): Plakat für Standaktionen (nicht datiert).
Abb. 17 (linke Seite unten): Mitteilungsblatt Mieterverband Bern, Nr. 1 1981.
Abb. 18 (links): Einzahlungsschein und Legitimationskarte Mitgliederbeitrag 1978.
Abb. 19 (unten): Kampagne zur Mitgliederwerbung (Kinodia).



bilanziert der Präsident Fabio Tanner 1993 rückblickend. Die Rechtsauskunft geht von Guido Rieder («die graue Eminenz und das Herz des Mieterverbandes Bern») neu an Bettina Steinlin und Richard Püntener über. Zur «Professionalisierung» gehört auch «die Züglete an die Monbijoustrasse in eigene Räume». Es entstehen weitere Kantonalsektionen, so in den Ämtern Fraubrunnen, Seftigen, Interlaken, Thun.⁶⁹ Diese Ausweitung in den Kanton führt am 13. Juni 1984 zur Gründung der Vereinigung Bernischer Mieterverbände MBV, einem Vorläufer für die Kantonalisierung des Verbandes. Im gleichen Jahr ist der Verband kantonal engagiert. Die kantonale Wohnbauinitiative (getragen vom MV zusammen mit der SP und dem Gewerkschaftskartell) wird vom Grossrat ohne Gegenvorschlag abgelehnt. Erfolgreich ist der Mieterverband in der Stadt Bern. Dort wird 1985 über eine «Wohninitiative» getragen von MV und SP abgestimmt, woraus ein neues Wohnbaureglement und der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik entsteht.⁷⁰

Ende 1993 erscheint die letzte Nummer des MVB-Blattes. Hintergrund ist, dass es national neu das «Mieten & Wohnen» gibt.

Abb. 20 (unten): 75-Jahr-Jubiläum 1993.

1993: 75-Jahr-Jubiläum: «Wir kämpfen um jeden Quadratmeter Wohnraum!»

Am 28. August 1993 wird mit einem Anlass im Restaurant Mappamondo (Länggasse) das 75-jährige Jubiläum gefeiert, u. a. mit einer «Spekulantenbar». Es findet ein Mitgliederwettbewerb mit dem Ziel statt, das zehntausendste Mitglied zu gewinnen.⁷¹ Zum Jubiläum wird eine Grundsatzerklärung (s. Anhang) verfasst. «Deshalb setzt sich der MVB mit aller Kraft für eine Stadtentwicklungspolitik ein, welche das Wohnungsangebot verteidigt und vermehrt. Dabei gilt als Leitmotto: «Wir kämpfen um jeden Quadratmeter Wohnraum!».

«Mehr Wohnbaugelände und Rückgewinnung verdrängten Wohnraums ist das eine, dabei preisgünstige und bezahlbare Wohnungen anzubieten ist das andere für den MVB mitzuverwirklichende Ziel.»⁷²



2001: Kantonalisierung und Gründung des MV Kanton Bern

Per 1. Januar 2001 wird die Kantonalsektion des Mieterverbandes Bern gegründet. Mit der «Kantonalisierung» des Mieterverbandes wurde die Verantwortung der bisherigen Geschäftsstelle auf die neue Kantonalsektion übertragen, dies mit dem Ziel: «einheitliche Dienstleistungen im ganzen Kanton Bern».

Der Mieterinnen- und Mieterverband Bern und Umgebung besteht weiterhin als «MV-Regionalgruppe Bern und Umgebung» mit eigenen Statuten, die folgenden Zweck (Art. 3) festhalten: «Die RG stellt sich die Aufgabe, die Interessen der Mietenden im Allgemeinen zu wahren und zu fördern.»⁷³

Die Regionalgruppe nimmt u. a. Stellung zu Vernehmlassungen, formuliert Forderungen an die Politik, macht Öffentlichkeitsarbeit, erstellt Grundlagen und nimmt mit Veranstaltungen aktuelle Themen auf.

Abb. 21 (unten): Abstimmungsplakat kantonale Initiative «Günstig wohnen».
Abb. 22 + 23 (rechts): Button und Abstimmungsplakat zur Initiative «Bezahlbare Wohnungen» in der Stadt Bern.

2005: Kantonale Initiative «Günstig Wohnen»

Kanton Bern wurde 2005 die Initiative «Günstig Wohnen» vom Mieterverband Kanton Bern lanciert. 2009 wurde als Gegenvorschlag das «Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots PMG» angenommen und war befristet von 2011 bis 2014 in Kraft.⁷⁴ Trotz des Antrags der Regierung auf Verlängerung des Gesetzes und trotz positiver Evaluationsergebnisse wurde dies vom Kantonsparlament 2014 abgelehnt.



2014: Städtische Initiative «Für bezahlbare Wohnungen» (Wohn-Initiative)

2012 lanciert ein breites Bündnis zusammen mit dem Mieterverband eine kommunale Initiative «Für bezahlbare Wohnungen» (Wohn-Initiative). Am 18. Mai 2014 wird über die städtische Initiative abgestimmt und 72% der Stimmberechtigten sagen JA. Die Umsetzung der Initiative ist zurzeit blockiert, da der Hauseigentümergebieterverband juristischen Einspruch erhob.



Abb. 24 (unten): Abstimmungsplakat zur Vorlage «Bezahlbar wohnen» in der Gemeinde Köniz.
 Abb. 25 (rechts oben): Jubiläumslogo.
 Abb. 26 (rechts unten): Logo der nationalen Kampagne «Zahlbare Mieten für alle».

1918–2018
100 Jahre
 MV
**Mieterinnen- und Mieterverband
 Regionalgruppe Bern und Umgebung**

2017: Weiterer Erfolg in Köniz

Inspiriert durch den Erfolg in der Stadt wurde auch in der Gemeinde Köniz eine Initiative lanciert. Am 12. Februar 2017 wurde der Gegenvorschlag in der Gemeinde mit 56% Unterstützung angenommen.



2018: Verwaltungsgericht bestätigt Rechtmässigkeit

Nachdem am 7. Juni 2018 das kantonale Verwaltungsgericht die Rechtmässigkeit der Wohn-Initiative bestätigt hat⁷⁵, wird das Bundesgericht letztinstanzlich über die Wohninitiative entscheiden.⁷⁶

2018: 100-Jahr-Jubiläum

Der Jubiläumsanlass findet am Freitag, 19. Oktober 2018 in der Kinemathek Lichtspiel in Bern statt.

2020: Nationale Wohninitiative

Voraussichtlich Ende 2019 oder 2020 wird über die nationale Initiative «Mehr zahlbare Wohnungen» abgestimmt.
www.zahlbaremieten.ch



Über uns: der Mieterinnen- und Mieterverband in Kürze

Die Schweiz ist ein Land der Mietenden. Rund 60% der Bevölkerung lebt in einem Mieterverhältnis. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband vertritt die Interessen der Mieterinnen und Mieter auf politischer Ebene und ist das Kompetenzzentrum für Mietrecht und Fragen rund um Wohn- und Lebensqualität. Als traditionelle Dienstleistung gehört die kostenlose Rechtsberatung für Mitglieder bei Fragen rund ums Mieten und Wohnen zu den wichtigsten Tätigkeiten des Mieterverbands. Der MV ist landesweit die einzige Organisation mit langjährig spezialisierter Kompetenz in diesem Bereich. Davon profitieren Mieterinnen und Mieter in den jährlich gegen 50'000 persönlichen Rechtsberatungen.

Gesamtschweizerisch vertritt der Mieterverband rund 210'000 Mitglieder, die in 21 Sektionen organisiert sind. Rechtlich ein privater Verein mit einer ideellen Zielsetzung und ohne staatliche Unterstützung, gehört der Mieterverband zu den grossen Non-Profitorganisationen (NPO) der Schweiz.

Die Sektion Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern besteht aus drei Regionalgruppen: Biel-Seeland, Emmental-Oberaargau und Bern und Umgebung. Die vierte Regionalgruppe Thun-Oberland befindet sich im Aufbau. Die Dienstleistungen für die rund 16'500 Mitglieder werden auf der Geschäftsstelle in Bern koordiniert und können in Biel, Thun, Interlaken, Schönbühl, Langenthal, Burgdorf, Bern und Laupen in Anspruch genommen werden.

Abb. 27: An der Standaktion zum Mietertag 2015 unterhalten sich Marieke Kruit (links) und Natalie Imboden. Im Hintergrund Jurist und Rechtsberater Martin Schmutz.



Präsident/innen Regionalgruppe Bern und Umgebung Mieterinnen und Mieterverband

Heer	Alfred	Von: 1918	Bis: ?
Hug	Alfred	1954	1969
Röthlisberger	Rudolf	1970	1979
Tanner	Fabio	1979	1988
Strahm	Hans-Rudolf	1988	1992
Zimmermann	Rolf	1992	1996
Meyer	Elsi	1996	2001
Sollberger	Jürg	2001	2009
Aebersold	Michael	2009	2013
Imboden	Natalie	2013	-

Präsident/innen Mieterinnen und Mieterverband Kanton Bern

(Kantonalsektion gegründet per 1. 1. 2001)

Kiener Nellen	Margret	Von: 2001	Bis: 2006
Allemann	Evi	2007	2018
Kruit	Marieke	2018	-

Geschäftsführer/innen

(Kantonalsektion gegründet per 1. 1. 2001)

Müller	Thomas M.	Von: 1999	Bis: 2000
Bernard	Stephan	2000	2000
Brügger Häring	Regula	2000	2009
Straubhaar	Ruth	2001	2002
Berger	Christof	2005	2006
Beyeler	Margrith	2010	2017
Meier	Sabina	2017	-

Grundsatzklärung: Mieterinnen- und Mieterverbands Bern u. Umgebung (MVB)

Wohnraum erhalten und mehrern – Rechte der Mietenden wahren

Der MVB ist vor 75 Jahren in einer von sozialen Problemen und grossen existentiellen Nöten gezeichneten Zeit 1918 gegründet worden. Seither vertritt er die Interessen der Mietenden in Stadt und Region Bern. Der MVB arbeitet aktiv im kantonalen und schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverband mit. Er fördert Verbandsarbeitsgruppen in den Agglomerationsgemeinden, welche die Ziele des Verbands zusammen mit aktiven Mitgliedern nahe bei den kommunalen Problemen verfolgen.

Schutz der Interessen der Mietenden

90 Prozent der städtischen Bevölkerung lebt in Mietwohnungen. Das bedeutet in aller Regel grosse materielle Abhängigkeit der Mehrheit nichtbesitzender Mietenden von der Minderheit der Hauseigentümer. In Zeiten herrschender Wohnungs- und Mietzinsnot, die bei uns seit Jahrzehnten ununterbrochen anhält, sind die Mietenden und Wohnungssuchenden ganz besonders von der Verfügungsmacht der Besitzenden abhängig. Der MVB vertritt ihre Interessen.

Dafür will der MVB die bestehende Mieterschutzgesetzgebung anwenden, bewahren und ausbauen. Dazu stellt er seinen Mitgliedern gratis seine Rechtsberatung zur Verfügung, gewährt im Konfliktfall Rechtsschutz und baut seine Dienstleistungen im Bereich Wohnungsabnahme und Mieterversicherung aus. Die MVB-Mitglieder sollen bei Auseinandersetzungen mit ihren Liegenschaftsbesitzern und Hausverwaltern den grösstmöglichen Beistand durch den Verband garantiert erhalten. Mit diesem Ziel fördert der MVB auch die Weiterbildung und den Kontakt mit seinen Vertreterinnen und Vertretern in den Mietämtern.

Der MVB sucht zusammen mit dem schweizerischen und kantonalen Verband auch seinen politischen Einfluss im Interesse der Mietenden geltend zu machen. Beispielsweise bekämpft er auf diesem Weg die laufenden Versuche bürgerlicher Kreise und Parteien, die Marktmiete wieder einzuführen. Sie ist vor etwa 20 Jahren als sozialpolitisch katastrophal abgeschafft worden. Seither gilt die sogenannte Kostenmiete: Der Hausbesitzer darf nur seine tatsächlichen und anerkannten Kosten nebst einer angemessenen Rendite als Mietzins verrechnen. Im System der Marktmiete hingegen würde einzig der Markt die Mietpreise bestimmen. Es versteht sich von selbst, dass die Mietzinsen bei grosser Nachfrage nach preisgünstigen Wohnungen bei gleichzeitigem kleinen Angebot in unbezahlbare Höhen steigen würden. In der heutigen Wohnungsnot brächte dieser Mechanismus den Hauseigentümern einen gigantischen Einkommenszuwachs im Ausmass von mindestens 5 Milliarden Franken jährlich zu Lasten der Mieterinnen und Mieter und der öffentlichen Hand. Diese Entwicklung bekämpft der MVB.

Steigende Hypothekenzinsen und eine ruinöse Bodenspekulation trieben u.a. die Mietzinsen in unerschwingliche Höhen. Im Kanon Bern sind Mieterinnen und Mieter nicht gleichbehandelt wie Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer. Die Eigentümerinnen und Eigentümer können Wohnkosten und insbesondere Hypothekenzinsen von den Steuern abziehen. In Zeiten der Mietzinsnot ist deshalb die kantonale Steuergesetzgebung zu ändern, dass Mietende einen Teil der Mietzinsen für die eigene Wohnung bei der Bemessung der Einkommenssteuer abziehen können. Damit soll endlich eine annähernde Steuergerechtigkeit herbeigeführt werden.

Stadt und Region als Wohnort erhalten

Wohnen in der Stadt ist teuer. Wohnungen in Neubauten sind unerschwinglich. Teure Büroräume verdrängen preisgünstige Wohnnutzungen. Die Wohnlichkeit nimmt mit dem zunehmendem Autoverkehr ab. Seit 30 Jahren ziehen immer mehr Leute – insbesondere Familien mit Kindern – aus der Stadt auf's Land. Damit nehmen die Pendlerbewegungen in der Stadt zu und die Wohnqualität nimmt erneut ab. Der Teufelskreis ist geschlossen.

Wohnfreundlichkeit bedeutet auch die Vermeidung von Wohn-Ghettoisierung. Mit anderen Worten: Aus der Vergangenheit muss gelernt werden, und es müssen wieder Quartiere gebaut werden, die nicht die vorhersehbaren sozialen Probleme produzieren. Eine konsequente Durchmischung von sozialen Schichten, von Wohnen und Arbeiten, Konsum und Unterhaltung, von Bildung und Sport, bzw. Erholung ist unabdingbar. Alle Lebensbereiche müssen über die jeweiligen Quartiere verteilt sein, damit ein Stadtteil nicht nur dem einen oder dem andern dient. Dabei muss immer das Ziel anvisiert werden, dass kein Teil eines Quartiers – sei es für einzelne Tageszeiten oder Wochentage – ausstirbt und so genau jene Voraussetzungen geschaffen werden, die soziales Verhalten hervorrufen könnten.

Deshalb setzt sich der MVB mit aller Kraft für eine Stadtentwicklungspolitik ein, welche das Wohnungsangebot verteidigt und vermehrt. Dabei gilt als Leitmotiv: "Wir kämpfen um jeden Quadratmeter Wohnraum!"

Neueste Zukunftsszenarien gehen davon aus, dass im Jahr 2005 der Wohnflächenanteil in Bern unter 50% sinken werde. Das ist für den MVB unannehmbar. Wer in Stadt und Region Dienstleistungszentren bauen will, muss dafür sorgen, dass die Wohnungen für die darin Arbeitenden in der Region Bern und nicht auf der grünen Wiese – bereitstehen. Der MVB verlangt die Ausweisung von neuen Wohngebieten und die Mehrung der Wohnnutzung. Alle planerischen Bestrebungen müssen dahingehen, dass das Wohnungsangebot nicht abgebaut sondern ausgebaut wird. Zonen zur Arbeitsnutzung müssen zu Misch- und Wohnzonen erklärt werden. Wenn aus verkehrsplanerischen und ökologischen Gründen an Entwicklungsschwerpunkten (Ausserholligen oder Wankdorf) neue Dienstleistungszentren sinnvoll erscheinen, sollen die entsprechenden Flächen an andern gut erschlossenen und geeigneten Standorten in der Stadt Bern mit Wohnzonen kompensiert werden.

Entsprechend diesem Ziel wird sich der MVB mit Nachdruck bei allen anstehenden Regions-, Stadt- und Verkehrsplanungen einschalten. Planungspolitik kann und darf den Mietenden nicht gleichgültig sein, da Planungspolitik eine der Möglichkeiten ist, wo sich die Stimmberechtigten der Agglomeration Bern direkt in die Wohnbautätigkeit einschalten können.

Preisgünstigen Wohnungsbau von hoher Wohnqualität fördern

Mehr Wohnbaugelände und Rückgewinnung verdrängten Wohnraums ist das eine, dabei preisgünstige und bezahlbare Wohnungen anzubieten ist das andere für den MVB mitzuverwirklichende politische Ziel. Die Bodenspekulation ist der Hauptgrund für die immensen Wohnungspreise in den Schweiz. Solange wir kein gerechteres Bodenrecht erreichen, müssen wir boden- und wohnungspolitisch dafür sorgen, den Wohnraum der Spekulation zu entziehen.



Die breite Streuung von Eigentum bleibt eine Illusion. Die grosse Mehrheit wird weiterhin in Mietwohnungen leben. Ihnen ist mit aktivem preisgünstigen und gemeinnützigem Wohnungsbau am meisten geholfen. Deshalb setzt sich der MVB für die Förderung des genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbaus vorab im Rahmen der bestehenden Bundeshilfe ein.

In der Stadt Bern sind die rechtlichen und politischen Voraussetzungen dazu gut: Das Reglement über den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik verpflichtet die Stadtbehörden zu einer aktiven Liegenschaftspolitik. Die hohen Erwartungen bezüglich einer aktiveren städtischen Boden- und Wohnbaupolitik sind aber in den acht Jahren seit Bestehen des Fondsreglementes nicht erfüllt worden. Unbestrittenweise hat der Fonds viele positive Resultate aufzuweisen: Die Sanierung der städtischen Liegenschaften konnte endlich vorangetrieben werden: etliche Liegenschaften wurden im Interesse der Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum erworben. Dennoch bleiben diese Aktivitäten angesichts der andauernden Krise auf dem Wohnungsmarkt ungenügend. Das erhoffte Gegengewicht zu den privaten Liegenschaftshändlern konnte nicht gesetzt werden.

Dank dem grossen Vermögen des Fonds wäre die Stadt Bern in der Lage, zu einer der bedeutendsten Wohnungsanbieterin in der Region zu werden. Es sind genügend finanzielle Mittel bereitzustellen, damit die Stadt Bern mittels des Boden- und Wohnfonds Liegenschaften erwerben kann. Nur so können Wohnhäuser der Spekulation und somit der ruinösen Preistreiberi entzogen werden. Zudem kann sie mit Baurechten eine gezielte Genossenschaftsförderung betreiben. Wo die öffentliche Hand oder eine Genossenschaft Wohnungen anbietet, fordert der MVB auch eine optimale Mitbestimmung der Mietenden. Insbesondere bei Renovationen müssen die Mietenden in die Planung einbezogen werden.

In diesem Rahmen will sich der MVB vermehrt für ein Vorkaufrecht der Mietenden und der Gemeinden einsetzen. Nur wenn die Mietenden einer zum Verkauf ausgeschriebenen Liegenschaft oder die Gemeinden bei einer Handänderung ein Vorkaufrecht ausüben können, kann die Spekulation wirksam eingedämmt werden.

Das Ziel einer sozialen Wohnungspolitik muss sein, dass Mietzinszuschüsse als Fürsorgeleistungen überflüssig werden. Diese Mietzinszuschüsse können in obenerwähntem Sinne effizienter eingesetzt werden. Viele Menschen leben alleine oder zu zweit in 4-Zimmerwohnungen. Einen Umzug in eine kleinere Wohnung können sie sich jedoch nicht leisten, da 2-Zimmerwohnungen in den angestammten Quartieren oft viel teurer sind. Die Gemeinde Bern soll deshalb im Rahmen von Spitex und unter Mithilfe der privaten Liegenschaftseigentümer eine Wohnungsbörse einrichten und mit diesen entsprechende Vereinbarungen abschliessen, dass diese Idee aufgenommen wird. Diese Wohnungsbörse ist einerseits bei Wohnungstauschen behilflich. Andererseits ist sie auch bei der Finanzierung dieser Massnahmen behilflich. Anlässlich der Planungsarbeiten Brün-

nen sind diesbezügliche Bestimmungen in die Baurechtsverträge und die Mietverträge aufzunehmen.

Der MVB setzt sich für preisgünstigen Wohnungsbau mit hoher Qualität ein. Architektur- und Planungswettbewerbe mit klaren Rahmenbedingungen aus der Sicht der künftig Mietenden müssen dafür sorgen, dass anonyme Massensiedlungen Planungsünden der Vergangenheit bleiben. Brünnen lässt diesbezüglich hoffen. Wohnungsbau aus der Sicht der Mietenden heisst u.a. grosszügige Wohnungsgrundrisse, ein flexibel nutzbares Raumangebot, grosse Küchen, zuschaltbare Nebenräume, schöner Balkon oder Sitzplatz sowie offene, kinderfreundliche Aussenräume. Dies alles in besterschlossener und in jeder Beziehung gut durchmischter Lage. Zum qualitativen Wohnungsbau gehören auch Mietverträge, die die Interessen der Mietenden als schwächere Vertragspartei schützen. Die Stadtbehörden haben alles daran zu setzen, dass – analog zu den Gesamtarbeitsverträgen – zwischen den Interessenverbänden paritätische Mietverträge abgeschlossen werden. Die Voraussetzungen dazu sind in Stadt und Agglomeration Bern gut. Die gebotenen Möglichkeiten müssen politisch auch durchgesetzt werden.

Information

Der MVB bemüht sich im Rahmen seiner organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten, systematisch Informationen und Daten zur Wohnsituation in Bern und Umgebung zusammenzutragen. Nur das bestmögliche Wissen um die Lage auf dem Wohnungsmarkt, die Probleme der Mietenden generell und individuell sowie die Wohnqualität in der Region, erlaubt es dem MVB auch, die Interessen seiner Mitglieder optimal zu vertreten und seine wohnungspolitischen Ziele im Dienst der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu verfolgen. Nur wer um seine Probleme und deren Lösungswege weiss, kann sich helfen oder helfen lassen. Deshalb will der MVB noch mehr als bisher die mietende Bevölkerungsmehrheit informieren und ihr seine Dienste und Hilfen anbieten.

Als aktiver Wohnungsmarkt-Beobachter und politischer Interessenvertreter in der Region, will sich der MVB bei den Behörden für die Interessen seiner Mitglieder einsetzen. Dies in der Tradition seiner 75jährigen Geschichte und mit Blick auf eine bessere wohnungspolitische Zukunft und eine gute 100-Jahrbilanz im Jahr 2018.

Bern, im Juni 1993

Vorstand des MVB

A u f r u f

Sie können sich sicher vorstellen, dass das Versenden von Mitgliederinformationen an die zirka 9000 Mitglieder des Mieterverbandes Bern immer eine grosse Arbeitsbelastung darstellt. So müssen Unterlagen zusammengestellt und in ein Couvert hineinsteckend werden. Eine mühsame Arbeit, wenn wir sie alleine verrichten müssen!

Deshalb gelangen wir mit der Anfrage an Sie, ob Sie nicht Lust hätten, an einem Nachmittag gemeinsam mit anderen Freiwilligen Unterlagen für den Mieterverband Bern einpacken zu helfen. Wir würden uns freuen, wenn wir auf diesem Weg einige Freiwillige zur Unterstützung gewinnen könnten.

Gerne erwarten wir Ihren Anruf auf Tel.-Nr. 46 06 47 oder Ihre kurze schriftliche Mitteilung an: Mieterinnen- und Mieterverband Bern Postfach, 3000 Bern 23

Vielen Dank für jede spontane Mithilfe

Sekretariat des Mieterinnen- und Mieterverbandes Bern

Anmerkungen

- 1) Erne, Emil, Bern. Eine Stadt vor 100 Jahren: Bilder und Berichte, Bern 1997, S. 8-9.
- 2) Robert Barth et al. (Hrsg.), Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, 2003. Kapitel: Wohnen in Bern von 1850 bis zum Zweiten Weltkrieg. 21–26.
- 3) Thalmann, Philippe, «Wohnungsbau», in: Historisches Lexikon der Schweiz, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13916.php> (Zugriff am 04. 04. 2018).
- 4) Erne, S. 31.
- 5) Landolt, Carl, Die Wohnungs-Enquête in der Stadt Bern vom 17. Februar bis 11. März 1896: im Auftrage der städtischen Behörden bearb. von Carl Landolt, Bern 1899, URL: <http://doi.org/10.3931/e-rara-38694> (Zugriff am 23. 07. 2018), S. 1.
- 6) Bürgi, Markus, «Landolt, Carl», in Historisches Lexikon der Schweiz, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D48492.php> (Zugriff am 06. 08. 2018).
- 7) Ebenda.
- 8) Landolt, Carl, Die Initiative des Mietervereins der Stadt Bern, in: Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik Jg. 8 (1900), S. 525.
- 9) Die Wohnungsenquête und das statistische Amt, in: Berner Tagwacht vom 22. 02. 1899, S. 1.
- 10) Mieter-Ring Bern, in: Berner Tagwacht vom 18. 02. 1899, S. 3.
- 11) Mieterverein, in: Intelligenzblatt. Tagesanzeiger für die Stadt und den Kanton Bern vom 15.11.1899 (Intelligenzblatt 271/66), S. 3. (Kurzform: Intelligenzblatt)
- 12) Intelligenzblatt, 31. 5. 1899.
- 13) Intelligenzblatt, 15. 11. 1899.
- 14) Mieterverein, in: Intelligenzblatt, 31. 5. 1899 (Intelligenzblatt 127/66), S. 2.
- 15) Ebenda.
- 16) Anzeiger für die Stadt Bern, Samstag, 5. Mai 1900.
- 17) Verwaltungsbericht Stadt Bern, 1900. S. 5. Alle Unterschriftenbogen sind im Original im Stadtarchiv erhalten. Dort sind neben Namen und Adresse der Unterzeichnenden auch ihre Berufe verzeichnet. Stadtarchiv Bern, Hochbauamt (Hochbaubüro): Spitalackerüberbauung: Initiativbegehren des Mietervereins, Signatur: SAB_1002_1_26
- 18) Spitalacker-Initiative (Einges.), in: Intelligenzblatt, 19. 5. 1900 (Intelligenzblatt 118/67), S. 6.
- 19) Ebenda.
- 20) Stadtrat, in: Intelligenzblatt, 24. 11. 1900 (Intelligenzblatt 279/67), S. 2f.
- 21) Handwerker- und Gewerbeverein, in: Intelligenzblatt, 3. 12. 1900 (Intelligenzblatt 286/87), S. 5.
- 22) Intelligenzblatt, 7. 12. 1900, (Intelligenzblatt 290/87), S. 2.
- 23) Zur Initiative des Mietervereins. Offene Antwort, in: Berner Tagwacht vom 15. 12. 1900, S. 1.
- 24) Ebenda.
- 25) Intelligenzblatt, 7. 12. 1900, (Intelligenzblatt 290/87), S. 2.
- 26) Ebenda.
- 27) Vgl. u. a. Berner Tagwacht vom 12. 12. 1900, S. 2.
- 28) In: Intelligenzblatt, 13. 12. 1900 (Intelligenzblatt 287/87), S. 1.
- 29) Verwaltungsbericht Stadt Bern, 1900. S. 5.
- 30) Abstimmung über die Vorlagen, in: Berner Tagwacht vom 19. 12. 1900, S. 1.
- 31) Vgl. u. a.: Von Bergen, Stefan, Wie die Bürger beim Berner Brückenpoker mitmischten, Berner Zeitung, 9. 5. 2015 <https://www.bernerzeitung.ch/region/bern/Wie-die-Buerger-beim-Berner-Brueckenpoker-mitmischten/story/22733799> (Zugriff am 13. 8. 2018)
- 32) Historisch-Topographisches Lexikon der Stadt Bern, <http://archives-quickaccess.ch/bbb/lexikon/4767> (Zugriff am 7. 7. 2018)
- 33) Die Bebauungspläne für das Spitalackerfeld in Bern, in: Schweizerische Bauzeitung, 25. 5. 1907. S. 260–262.
- 34) Ebenda.
- 35) INSA Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850–1921, Band 2, Basel, Bellinzona, Bern, Orell Füssli 1986, S. 423–426. Die beiden Hochstrassen parallel zur ansteigenden Kornhausstrasse wurden wie der Viktoriaaplatz zwischen 1910 und 1920 bebaut. Das Gebiet zwischen Viktoriaaplatz und Nordring wurde 1909 bebaut und wird auch das Viktoria-Quartier genannt. Infolge der hohen Zinslasten nach der Erstellung erhielt es auch den Übernamen «Hypothekenfriedhof». Das eigentliche Spitalackerquartier zwischen Viktoriastrasse und Schänzlistrasse wurde zwischen 1926 und 1933 erbaut.
- 36) Intelligenzblatt, 22. 11. 1900.
- 37) Intelligenzblatt, 5. 8. 1900.
- 38) Als die Schweizerische Wohnwirtschaft, bei steigendem Leerwohnungsbestand mit Hypothekenkündigungen konfrontiert, mit dem Ausbruch des 1. Weltkriegs in Not geriet, schlossen sich 1915 auf Initiative des Hausbesitzer-Vereins Basel in Aarau zwölf Ortsvereine zum Zentralverband Schweiz. Haus- und Grundbesitzervereine zusammen.
- 39) Intelligenzblatt, 10. 1. 1917.
- 40) Scherr, Niklaus: Nur noch für die Miete schaffen...? 125 Jahre Zürcher Mieterbewegung (1891–2016), Zürich 2016. S. 21.
- 41) Intelligenzblatt, 17. 1. 1900.
- 42) Mieterverein der Stadt Bern, in: Intelligenzblatt vom 18. 12. 1805 (Intelligenzblatt 306/72), S. 2. Über die Auflösung findet sich nichts.
- 43) Intelligenzblatt, 5. 8. 1902.
- 44) Im Zuge der Regierungsreform von 2000 wurde das Wohnungsamt schliesslich aufgehoben. Dessen Aufgaben gingen im Wesentlichen an die dem Generalsekretariat der Direktion von Planung, Verkehr und Tiefbau (SAB_1237) angegliederten Fachstelle Wohnen, die ihre Tätigkeit 2001 aufnahm. <https://archiv.bern.ch/home/#/content/dcb4fb6028674d50901270b7553a4a8b> (Zugriff am 30. 6. 2018)
- 45) Jahresbericht Stadt Bern, 1917, S. 109.
- 46) Historisches Lexikon der Schweiz, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13916.php> (Zugriff am 08. 9. 2018).
- 47) Jahresbericht Stadt Bern, 1920, S. 14–15.
- 48) Die Lage auf dem Wohnungsmarkt, in: Berner Landeszeitung vom 4. 10. 1919 (Intelligenzblatt 1/86), S. 3.
- 49) Wohnungsnot, in: Berner Tagwacht vom 5. 2. 1918, S. 1.
- 50) Intelligenzblatt, 31. 10. 1918.
- 51) Intelligenzblatt, 26. 3. 1918.
- 52) Intelligenzblatt, 6. 8. 1918.
- 53) Intelligenzblatt, 13. 8. 1918.
- 54) Intelligenzblatt, 18. 9. 1918.
- 55) Intelligenzblatt, 11. 10. 1918.
- 56) Intelligenzblatt, 11. 10. 1899.
- 57) Intelligenzblatt, 11. 10. 1899.
- 58) Wohnungsnot und Mieterschutz, in: Berner Landeszeitung vom 18. 10. 1919 (Intelligenzblatt 13/86), S. 2.
- 59) Ebenda.
- 60) Intelligenzblatt, 31. 10. 1918.
- 61) Intelligenzblatt, 27. 2. 1919.
- 62) Intelligenzblatt, 16. 6. 1919.
- 63) «Wohnungsnot und Mieterschutz», Intelligenzblatt, 18. 10. 1919.
- 64) 1915 berief der Mieterverein Genf einen Schweiz. Mieterkongress in Biel ein, wo der Schweiz. Mieterbund mit Zentralvorstand in Zürich gegründet wurde (heute Schweiz. Mieterinnen- und Mieterverband, MV). Historisches Lexikon der Schweiz, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16475.php> (Zugriff am 8. 9. 2018).
- 65) Intelligenzblatt, 27. 10. 1920
- 66) Intelligenzblatt, 21. 10. 1920 «Ein Beitrag zur Ausgestaltung des Mieterschutzes»
- 67) Intelligenzblatt, 21. 10. 1920 «Ein Beitrag zur Ausgestaltung des Mieterschutzes»
Im 1. Weltkrieg entstand ein eigentl. Mieterschutz mit erstreckten Ausweisungsfristen für Not leidende Mieter (1914) sowie erschwerten Mietzinserhöhungen und Kündigungen (1917 und 1918). Diese Massnahmen wurden 1920 ergänzt bzw. teilweise aufgehoben und in einem einzigen Erlass zusammengefasst, der bis Ende 1926 in Kraft blieb. Danach galt wieder allein das OR.
Historisches Lexikon der Schweiz, <http://www.hls-dss.ch/textes/d/D13916.php> (Zugriff am 8. 9. 2018).
- 68) Mitteilungsblatt Mieterverband Bern, S.6–7.
- 69) Fabio Tanner, in: MieterVerbandBern 3/1993.
- 70) <https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/fpi/immobilien-stadt-bern/fonds-fuer-boden-und-wohnbaupolitik> (Zugriff am 19. 8. 2018)
- 71) Wann genau das Ziel erreicht wurde, ist unklar. 1996 zählte der Verband 9500 Mitglieder, im Jahr 2000 10392 Mitglieder. Im Jahr 2000 erledigte der Verband 2469 Rechtsberatungen und 331 Wohnungsabnahmen. Regionalgruppe Bern und Umgebung MV Bern, Jahresbericht 2000.
- 72) Grundsatzklärung: Mieterinnen- und Mieterverband Bern u. Umgebung (MVB). In: MieterVerbandBern, 2/93, Juni 1993.
- 73) Statuten MV-Regionalgruppe Bern und Umgebung vom 12. 4. 2011. Sie ersetzen die Statuten vom 30. 4. 2003.
- 74) <https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen.assetref/dam/documents/portal/Medienmitteilungen/de/2013/05/2013-05-14-vnl-pmg-vortrag-de.PDF> (Zugriff am 19. 8. 2018)
- 75) Stadtberner Wohninitiative ist zulässig – Teufel steckt im Detail, in: Berner Zeitung, 7. 6. 2018 <https://www.bernerzeitung.ch/region/bern/gericht-erklart-stadtberner-wohnnitiative-fuer-zulaessig/story/28987748> (Zugriff am 19. 8. 2018)
- 76) Stadtberner Wohninitiative kommt vor Bundesgericht, in: Der Bund, 13. 8. 2018. <https://www.derbund.ch/bern/nachrichten/Stadtberner-Wohninitiative-kommt-vor-Bundesgericht/story/21774258> (Zugriff am 19. 8. 2018)

Bibliographie

Literatur

Barth, Robert et al. (Hrsg.), Bern, Die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Kapitel: Wohnen in Bern von 1850 bis zum Zweiten Weltkrieg. S. 21-26.

Hug, Ralph, «Wir verlangen nachdrücklich Staatshilfe». 100 Jahre SMV. Die Mieterbewegung feiert Geburtstag, in: M&W. Mieten&Wohnen. Nr. 1. Feb/2015.

Koller, Barbara, «Gesundes Wohnen» Ein Konstrukt zur Vermittlung bürgerlicher Werte und Verhaltensnormen und seine praktische Umsetzung in der Deutschschweiz 1880–1940, 1995 (Chronos-Verlag).

Nepfer, Matthias, Die Wohnungsfrage in der Stadt Bern 1888-1995. Regulierung des Wohnverhaltens durch sozialen Wohnungsbau?, 1996, Liz. HIUB

Scherr, Niklaus: Nur noch für die Miete schaffen...? 125 Jahre Zürcher Mieterbewegung (1891-2016), Zürich 2016.

Tögel, Bettina, Die Stadtverwaltung Berns, 2004, S. 205-212.

Walser, Erasmus, Die «Wohnungsfrage» in Bern am Ende des 19. Jahrhunderts. Stadtwachstum und soziale Segregation in einer schweizerischen Mittelstadt vor dem 1. Weltkrieg, 1978, Liz. HIUB.

Quellen

Mieterschutzverband Bern und Umgebung; Ratgeber für Mieter... / Hrg. vom Mieterschutzverband Bern und Umgebung in Verbindung mit den Mieterorganisationen von Biel, Burgdorf und Langenthal. Bern: Blaser & Tschanz, 1921. Nationalbibliothek: Signatur N 20290

Landolt, Carl, Die Initiative des Mietervereins der Stadt Bern, in: Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik Jg. 8 (1900), S. 521-538.

Landolt, Carl, Die Wohnungs-Enquête in der Stadt Bern vom 17. Februar bis 11. März 1896: im Auftrage der städtischen Behörden bearb. von Carl Landolt, Bern 1899, URL: <http://doi.org/10.3931/e-rara-38694>

Wirth, Carl, Mieterschutz, in: Rote Revue 4 (1924-1925) (S. 176-186),

Stadtarchiv Bern

Die Erhebungen über den Berner Wohnungsmarkt im Jahre 1917, Heft 2. 08.1917. Signatur: SAB_1077_25_2

Die Lage des Wohnungsmarktes in der Stadt Bern im Jahre 1918, Heft 3. 04.1918. Signatur: SAB_1077_25_3

Die Wohnverhältnisse in der Stadt Bern. Nach den Ergebnissen der Wohnungszählung vom 1.12.1920, Heft 6. ca. 1921. Signatur: SAB_1077_25_6

Protokolle der Verhandlungen der Mietkommission (Mietamt) Signatur: SAB_1127_11 Entstehungszeitraum: 1917–1926. Schutzfrist von 110 Jahren wegen Personendaten/schützenswerten Informationen

Schlaf- und Wohnverhältnisse stadtberner Schulkin-der 1919 und 1925, Heft 7. Signatur: SAB_1077_25_8

Spitalackerüberbauung: Initiativbegehren des Mietvereins. 1895 – 1900. Signatur: SAB_1002_1_26 Text, Korrespondenz, Zeitungsausschnitte, Unterschriftenbögen Provenienzen: Hochbauamt (Hochbaubüro). Quartier- und Bebauungsplan des Spitalackerfelds mit Anschluss des Brunnerguts und des Beundenfeldplatzes gegenüber der Kaserne. Massstab 1:2000

Tabellarische Übersichten betreffend die Wohnungszählung in Bern im Monat Mai 1916, Heft 1, 01.1917. Signatur: SAB_1077_25_1

Wohnungsvorrat und Wohnungsbedarf in der Stadt Bern, Anfang 1926, Heft 7. 1926. Signatur: SAB_1077_25_7

Periodika

Berner Tagwacht (Nationalbibliothek)

Der Wohnungsmieter, Organ des Züricher Mietervereins, 1898-1913 (Sozialarchiv)

«Intelligenzblatt für die Stadt Bern» erschien von 1834 bis 1919. 1919–1922 trug es den Titel «Berner Landeszeitung». <http://intelligenzblatt.unibe.ch>

Mieter-Zeitung, Offizielles, obligatorisches Organ des Mieterverbandes von Stadt und Kanton Zürich, ab 1922 Schweizerische Mieter-Zeitung (Sozialarchiv)

Mieterverband Bern: offizielles Organ des Mieterverbandes Mieterverband (Bern) Verlag Bern : Mieterverband, 1981-1993

Bildnachweise:

Titelbild: Projektstudie für die Wohnsiedlung Weissenstein, 1922, Eisenbahner-Baugenossenschaft Bern.
Abb. 4: Spitalackerüberbauung: Initiativbegehren des Mietvereins 1899–1900, Stadtarchiv Bern.
Abb. 5: Spitalackerüberbauung: Initiativbegehren des Mietvereins 1899–1900, Stadtarchiv Bern.
Abb. 7: Staatsarchiv des Kantons Bern, Bilderarchiv.
Abb. 8: Spitalackerüberbauung: Initiativbegehren des Mietvereins 1899–1900, Stadtarchiv Bern.
Abb. 9: Beiträge zur Statistik der Stadt Bern 18 (1934). Restliche Bilder aus dem Archiv des MVB Kanton Bern.

Kontakt:

Mieterinnen- und Mieterverband Bern
Geschäftsstelle MV Bern
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Telefonnummer: 031 378 21 21

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle Bern:
Mo.–Fr. 9–12 Uhr und 14–17 Uhr
E-Mail: mv@mvbern.ch
www.mieterverband.ch

1918–2018

100 Jahre

MV

**Mieterinnen- und Mieterverband
Regionalgruppe Bern und Umgebung**



**ZAHLBARE
MIETEN
FÜR ALLE**

www.zahlbaremieten.ch